

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 16. November 1991

NATIONALRAT
Kommission für auswärtige Angelegenheiten

HAUPTPROTOKOLL der Sitzung vom 11. November 1991,
16.00 - 20.15 Uhr,
(Fortsetzung am 12. November 1991, 08.00 Uhr),
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

1. 91.041 s Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung
2. 91.057 n Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten. Weiterführung (Siehe Teilprotokoll 1)
3. Analyse der EWR-Verhandlungsergebnisse (Ministerkonferenz vom 21.10.91 in Luxemburg) (Siehe Teilprotokoll 2)
4. Aktualitäten, nämlich Jugoslawien, Nahost-Friedenskonferenz (Madrid, 30.10.91) und internationale Kontakte des EDA-Vorstehers
5. Verschiedenes (Siehe Teilprotokoll 3)

ORDRE DU JOUR

1. 91.041 é Aide humanitaire internationale. Continuation
2. 91.057 n Coopération avec des Etats d'Europe de l'Est. Continuation (Voir procès-verbal particulier 1)
3. Analyse du résultat des négociations EEE (réunion ministérielle du 21 octobre 1991 à Luxembourg) (Voir procès-verbal particulier 2)
4. Actualités, notamment la Yougoslavie, la Conférence de Paix au Proche-Orient (Madrid, le 30.10.91)
5. Divers (Voir procès-verbal particulier 3)

TEILNEHMER Präsidium: Bundi

Anwesende Mitglieder: Auer, Bär, Bäumlín, Bircher Silvio, Blatter (ersetzt Dietrich), Burckhardt, Cevey, Frey Walter, Grassi, Grendelmeier, Mühlemann, Petitpierre, Revaclier, Rohrbasser, Rychen, Segmüller

Entschuldigt: Euler, Loretan, Portmann,
Wyss Paul, Zbinden Paul, Ziegler

Weitere Teilnehmer:

Botschafter Fritz Staehelin, Direktor DEH/EDA
Rudolf Schaller, Generalsekretär EDA
Charles Raedersdorf DEH/EDA
Rosmarie Schelling DEH/EDA

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Jürgen Theobaldy (d),
Hélène Baessler-Feldau (f)

1. 91.041 s Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung
1. 91.041 é Aide humanitaire internationale. Continuation

Präsident: Ich darf darauf hinweisen, dass eine Woche vor unserer Parlamentssession und während der ersten Woche eine Gruppe von tschechoslowakischen Parlamentariern, sowohl des nationalen Parlamentes als auch der beiden Länderparlamente, bei uns in Bern sein wird. Sie absolviert zunächst ein theoretisches Programm, das Herr Orga (EDA/Abteilung Osteuropa) im Zusammenhang mit der Universität Bern organisiert hat. In der zweiten Woche werden diese Damen und Herren im Bundeshaus sein, wofür noch ein detailliertes Programm erstellt werden muss. Wenn irgend möglich, sollten Sie sich in dieser Woche Zeit für Gespräche mit ihnen einräumen. Das Programm entstand aufgrund der Initiative unserer Kommission. Es ist das erste Ergebnis des Postulates, das wir überwiesen haben. Wir könnten zweimal im Jahr solch ein Seminar durchführen, jeweils mit Parlamentariern eines anderen osteuropäischen Landes.

Botschafter Staehelin: Der Bundesrat legt hier den Antrag für die Weiterführung einer Tätigkeit vor, die eines der wichtigsten aussenpolitischen Instrumente der Schweiz ist. Das Überleben von Millionen von Menschen in der ganzen Welt hängt von humanitärer Hilfe ab. Hunger, wachsendes Elend, seit langem andauernde bewaffnete Konflikte und solche, die erst in jüngster Zeit begonnen haben, bedrohen das Leben unzähliger Kinder, Frauen und Männer. Dies gilt vor allem für die Entwicklungsländer. Dazu kommen Umweltschäden, Naturkatastrophen und Katastrophen, die von Menschen verursacht werden. Die Zahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Emigranten nimmt unaufhaltsam zu. Wirtschaftliche und politische Umwälzungen in zahlreichen Ländern, darunter auch Osteuropa und die Sowjetunion, und die damit einhergehenden Strukturanpassungsprozesse führen für viele Menschen zu grossen Problemen. In nicht wenigen Ländern sind die Auswirkungen der Strukturanpassungen derart, dass besonders schwache soziale Gruppen zumindest für eine Übergangszeit Hilfe von aussen benötigen, um überhaupt überleben zu können.

Was kann die humanitäre Hilfe und insbesondere diejenige des Bundes angesichts dieses sich immer mehr ausbreitenden Elendes tun? Mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Instrumenten kann sie einen, wenn auch bescheidenen Beitrag zur Rettung gefährdeten Lebens und zur Linderung von Leiden leisten. Zu diesem Zweck gewähren die eidgenössischen Räte regelmässig Rahmenkredite für die internationale humanitäre Hilfe. Der gegenwärtig noch laufende Rahmenkredit von 530 Millionen Franken, den Sie im November 1988 bewilligt haben, wird im nächsten Frühjahr vollständig verpflichtet sein. Deshalb beantragt der Bundesrat Ihnen heute einen neuen Rahmenkredit im Gesamtbetrag von 1050 Millionen Franken. Erstmals beantragt er Ihnen eine Laufzeit von mindestens vier Jahren anstelle der bisherigen drei Jahre. Damit wird die gleiche Regelung eingeführt, die Sie auch für den Rahmenkredit über technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe getroffen haben. Die Kommissionen und das Parlament erhalten somit Gelegenheit, in jeder Legislaturperiode einmal über die verschiedenen Bereiche der öffentlichen Entwicklungshilfe zu diskutieren. Damit ist zudem eine Entlastung der eidgenössischen Räte verbunden. Der neue Rahmenkredit soll frühestens am 1. März 1992 in Kraft treten.

Der Betrag für den neu beantragten Rahmenkredit mag Ihnen hoch erscheinen. Erstmals übersteigt er die Milliardengrenze. Angesichts der grossen Not überall in der Welt erlaubt er uns jedoch lediglich einen bescheidenen Beitrag an die internationalen Hilfsanstrengungen. Dies zwingt uns zu einer strengen und oft schwierigen Auswahl der von uns unterstützen Hilfsaktionen. Wir müssen vordringlich dort helfen, wo die Not am grössten ist. Dabei konzentrieren wir uns in erster Linie auf jene Situationen, in denen es um das Überleben selbst geht. In zweiter Linie berücksichtigen wir Situationen, in denen eine zeitlich und umfangmässig begrenzte, gut konzipierte Hilfe einer klar definierten Bevölkerungsgruppe ermöglicht, sich selbst wieder zu helfen.

Um wirksam zu sein, muss unsere Hilfe gezielt eingesetzt werden. Die Zielgruppen und ihre spezifischen Bedürfnisse müssen bekannt sein. Im übrigen bemühen wir uns um ein gewisses antizyklisches Verhalten, indem wir auch dort helfen, wo andere dies trotz offensichtlicher Bedürfnisse kaum oder gar nicht tun. Als Beispiel sei an die zahlreichen Notsituationen erinnert, die nicht oder nicht mehr im Brennpunkt der Tagesaktualität stehen und die nur allzu leicht vergessen werden: in Somalia, im Südsudan und anderen derartigen Konfliktgebieten. Die humanitäre Hilfe hat weder die Macht noch die Mittel, um die Ursachen zu bekämpfen, die immer wieder Anlass zur Hilfe geben. Teilweise handelt es sich um Entwicklungsprobleme, zu deren Lösung die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) langfristig beitragen kann. Andere Ursachen sind politischer oder wirtschaftlicher Natur. Zahlreiche Notsituationen sind eine Folge der Verletzung der grundlegendsten Menschenrechte. Eine verstärkte Kohärenz nicht nur zwischen humanitärer Hilfe und EZA, sondern auch zwischen den verschiedenen Instrumenten der Aussenpolitik und der Aussenwirtschaftspolitik des Bundesrates ist deshalb unabdingbar. Es muss vermieden werden, dass humanitäre Hilfe zur permanenten Symptombekämpfung wird, ohne dass die Ursachen solcher Ereignisse mit allen uns verfügbaren Instrumenten angegangen werden. Aus diesem Grund ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein vermehrtes und deutlicheres Engagement auf politischer Ebene im Bereich der Menschenrechte und zugunsten ausgewogenerer wirtschaftlicher Beziehungen weltweit notwendig ist.

In der vorhergehenden Botschaft über die Weiterführung der humanitären Hilfe hatte der Bundesrat eine Neuorientierung insbesondere der Nahrungsmittelhilfe eingeleitet. Diese verfolgte ein dreifaches Ziel: eine humanitäre Hilfe, die die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung ins Zentrum stellt; eine Verbesserung der Qualität der Hilfe und ihrer Wirksamkeit; die Schaffung einer engeren Verbindung zwischen humanitärer Hilfe und EZA. Es handelt sich hier um einen langfristigen Prozess. Die nun vorliegende Botschaft ist eine weitere Etappe auf diesem Weg.

Im Rahmen der humanitären Hilfe verfügt der Bund über zwei Instrumente. Sie können einzeln oder gemeinsam eingesetzt werden: das Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SKH) und die humanitäre und Nahrungsmittelhilfe. Beide werden als Ganzes vom Delegierten Herrn Charles Raedersdorf geleitet. Das SKH verfügt über eigene Strukturen, eigenes Personal, kann eigene Aktionen durchführen und rasch handeln. Es geniesst gerade wegen dieser besonderen Leistungsfähigkeit einen hohen Bekanntheitsgrad und grosse internationale Anerkennung. Die humanitäre und Nah-

rungsmittelhilfe unterstützt Programme und Projekte von schweizerischen Hilfswerken und von internationalen Organisationen. Die Hilfe kann in Form von finanziellen Beiträgen oder in Form von Nahrungsmitteln erfolgen. Vom finanziellen Umfang aus gesehen bildet diese Art der Unterstützung den weitaus grössten Teil der humanitären Hilfe des Bundes. Deshalb ist die Existenz von fähigen und gut ausgewiesenen Partnerorganisationen in der Schweiz und international sowie der ständige Dialog mit ihnen von grosser Bedeutung für die Qualität unserer humanitären Hilfe.

Es gibt jedoch immer wieder Situationen, in denen wir unsere Hilfe nicht direkt oder über unsere üblichen Partnerorganisationen abwickeln können. Daher ist eine vermehrte Öffnung gegenüber anderen möglichen Partnern wie lokalen, nicht governmental, aber auch staatlichen Organisationen künftig sicher notwendig. Gleichzeitig wird in solchen Situationen, in denen der Zugang zur notleidenden Bevölkerung aus politischen oder militärischen Gründen entweder erschwert oder unmöglich ist, ein stärkeres politisches und diplomatisches Engagement unsererseits nötig sein.

Wir sind uns bewusst, dass die Anstrengungen eines kleinen Landes wie der Schweiz im Bereich der humanitären Hilfe vor dem Hintergrund der grossen Not überall auf der Welt lediglich ein Tropfen auf einen heissen Stein sein kann. Gerade deshalb scheint es uns wichtig, dass unsere Hilfe von guter Qualität ist, dass sie sich klare Prioritäten setzt, sich auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausrichtet, dass sie gezielt, rasch und effizient und in ihren Auswirkungen möglichst dauerhaft ist. Auf diese Weise kann sie die Grenzen sprengen, die ihr durch ihren bescheidenen Umfang gesetzt sind.

Präsident: Wir führen die Eintretensdebatte. Die Diskussion ist eröffnet.

Frau Bäumlín: Die Botschaft ist überlegt und motivierend, und das ist sicher ein Grund für die gute Aufnahme im Ständerat. Dennoch enthält sie Unebenheiten, die bereits in der letzten Botschaft bestanden und die möglicherweise nie ganz wegzubringen sind. Sie betreffen das Verhältnis der humanitären Hilfe zur Aussenpolitik, zur Entwicklungshilfe und zur weltweiten wirtschaftlichen Lage.

So ist zum Beispiel unter Ziffer 22 auf Seite 11 von "Extrem-situationen" die Rede, die humanitäre Hilfen auslösen. Diese Extremsituationen beruhen auf "Krisen, Katastrophen und bewaffneten Konflikten". Doch wird nicht gesagt, von wem sie verursacht werden. Zwar hat Herr Botschafter Staehelin erklärt, dass wir diese Ursachen nicht bekämpfen können, aber trotzdem entstehen sie nicht von selbst. Eine bisher ungenannte Ursache ist der weltweit stattfindende Wirtschaftskrieg. Man denke nur an die Verschuldungsproblematik, den ungerechten Handel und die Mechanismen und Massnahmen im Rahmen von Strukturanpassungen. Weiter hinten, auf den Seiten 22 und 23, werden dann doch Ursachen kurz erwähnt, und es wird sogar von "strukturbedingte(n) Krisen" gesprochen. Aber von dem, was hinter ihnen steckt, erfährt man nichts. Die Bemerkung auf Seite 26 unten, dass in Südamerika "vor allem die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen Anlass für humanitäre Hilfe in grösserem Ausmass" gewesen seien, ist etwas zynisch. Es handelt

sich hier um wirtschaftliche Fehlentwicklungen auf Kosten der notleidenden Bevölkerung dort.

In der Botschaft steht auch ein neues Stichwort: "Kohärenz", nämlich zwischen Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe. Eine zunehmende Politisierung ist unausweichlich, und wir müssen dazu stehen.

Noch zwei Bemerkungen:

Auf Seite 53 wird von einem "antizyklischen Element" gesprochen. Sie wollen sich dort antizyklisch verhalten, wo von anderen internationalen Organisationen keine Hilfe mehr geleistet wird. Aber "antizyklisch" könnte auch noch etwas ganz anderes heissen, nämlich der vermehrte Einsatz humanitärer Hilfe dort, wo aufgrund des Wirtschaftskrieges die Notlage so gross geworden ist, dass ein Eingreifen für die reiche Schweiz zur Aufgabe wird.

Zu Seite 62: "Präventionsmassnahmen" sind in der Tat sehr wichtig. Sie haben auch Auswirkungen auf die weltweite Landwirtschaftspolitik und tragen somit zur Politisierung der humanitären Hilfe bei. Es geht nicht nur darum, den akuten Hunger zu stillen, sondern um weiterführende Massnahmen.

Ich bin also für Eintreten und dafür, dass humanitäre Hilfe, wie auf Seite 57 auch geschrieben, nicht zur permanenten Symptombekämpfung verkommen darf. Deshalb befürworte ich sowohl die zeitliche Dauer als auch die Höhe des beantragten Rahmenkredits. Zu meinen kleinen Zusatzantrag werde ich mich später äussern.

Frey Walter: Eintreten ist für uns selbstverständlich. Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen, nämlich erstens zur Höhe des Rahmenkredits und zweitens zu seiner Verwendung.

Zum ersten Punkt:

Katastrophen, ob natürlicher oder politischer Art, vorauszusagen ist eine schwierige Sache. Entsprechend schwierig ist die Planung. Bis jetzt hatten wir eine humanitäre Hilfe im Rahmen von 530 Millionen Franken in drei Jahren. Das macht rund 176 Millionen Franken jährlich. Der neue Rahmenkredit beliefe sich pro Jahr, rund gerechnet, auf 262 Millionen Franken. Dementsprechend beträgt die Aufwendung jährlich etwa 86 Millionen Franken mehr, und das sind 50 Prozent mehr, bezogen auf den Jahresbetrag des alten Rahmenkredits.

Nicht nur die Entwicklungshilfe, sondern auch die internationale humanitäre Hilfe ist ein Politikum. Wir wissen, dass es um die Finanzen der Eidgenossenschaft nicht zum besten steht und überall gespart werden muss. Über eine Erhöhung von 50 Prozent müssen wir Auskunft geben können. Im Ständerat wurde bereits geäussert, dass man beim gleichen Betrag mit einberechneter Teuerung, ohne eine Rückgabe und bei einem vierjährigen Turnus auf einen Rahmenkredit von 880 Millionen Franken käme. Würde ein solcher Rahmenkredit die humanitäre Hilfe der Eidgenossenschaft verunmöglichen? In welchem Mass wäre sie effektiv eingeschränkt? Ich behalte mir vor, einen Kürzungsantrag auf die genannten 880 Millionen Franken, verteilt auf vier Jahre, zu stellen.

Zum zweiten: Es ist mir unverständlich, warum die schweizerischen Produkte, sofern sie verwendbar sind (und das sind sie mit Sicherheit), nicht vorzugsweise behandelt werden, und zwar auch mit dem Ziel einer besseren Einbettung der humanitären Hilfe im Volk. Bei Artikel 2 Buchstabe d sollte man also nicht nur die Milchprodukte, das Getreide und die Ge-

treideprodukte erwähnen, sondern auch die verarbeiteten Fleischprodukte. Tut man das nicht, dann fehlen sie in dem Artikel und werden wohl auch nicht berücksichtigt. Je mehr wir dagegen die Schweiz als Produzentenland einbinden können, desto leichter wird es sein, die Kredite für das Volk annehmbar zu machen.

Mühlemann: Die freisinnige demokratische Fraktion wird sich dem Anliegen dieser Botschaft nicht verschliessen. Wir haben allen Grund, in der Aussenpolitik den Bereich der Solidarität verstärkt zu betonen. Unser relativ reiches Land muss, auch wenn es heute in einer wirtschaftlich schlechten Lage ist, einen gewissen Anteil an den Schwierigkeiten dieser Welt mittragen. Aber wie macht man das möglichst optimal? Das Ziel der humanitären Hilfe ist, in Notfällen unmittelbar so zu helfen, dass man überleben kann. Danach wird die Arbeit abgebrochen respektive übergeführt in die EZA und damit in eine andere Verantwortung. Wie geht dieser Übergang vonstatten? Kommt es überall nach der humanitären Hilfe zur Folgehilfe? Könnte man hier ein exemplarisches Land vorführen, in dem diese Hilfe eingesetzt und anschliessend fortgeführt wurde?

Die zweite Frage: Warum haben wir die gesamte Osteuropahilfe nicht logischerweise mit denselben Organisationen fortsetzen können? Warum müssen wir hier ein separates Paket bearbeiten? Offenbar ist im Bereich der humanitären Hilfe nicht zwischen Osteuropa und der übrigen Welt aufgeteilt worden. In der technischen EZA hingegen ist das so. Haben die Fachleute, die im Nord-Süd-Konflikt eingesetzt sind, nicht die Fähigkeiten und sind sie von der Mentalität her nicht dazu gut geeignet, im Ost-West-Verhältnis zu arbeiten?

Drittens: Gibt es eine sinnvolle Koppelung der Hilfsaktion und der nachfolgenden politischen Forderung? Zwar leisten wir zum Beispiel in Burma Hilfe, müssen aber auch verlangen, dass dort die Menschenrechte respektiert werden. Wie steht es mit der verständlichen Abwehr der Länder davor, sich in ihre inneren Angelegenheiten hineinreden zu lassen? So leisten wir auch in Jugoslawien Hilfe, während in diesem Augenblick Dubrovnik, eine der wichtigsten Kulturstädte der Welt, zusammengebombt wird. Warum leisten wir Hilfe in Rumänien und verlangen nicht, dass dort endlich Fortschritte in der demokratischen Bewegung erzielt werden?

Zum vierten: Wie steht es mit der Hilfe in den Herkunftsländern der Asylbewerber? Es ist ein immer wieder aufgestelltes Postulat, das im Wahlkampf von allen Parteien hoch gelobt wurde. Gibt es hier Ansätze, aus Sri Lanka oder aus der Türkei zum Beispiel?

Zuletzt schliesse ich an die Äusserungen von Herrn Frey an. Die finanzielle Situation ist nicht unbedeutend. Es muss gespart werden, und zwar überall. Aber dazu muss man wissen, was ausgegeben wird. Das Ganze wird uns so tranchenmässig serviert, dass man manchmal Mühe hat, spontan zu sagen, was wir 1992 ausgeben. Was geben wir aus an technischer EZA? An das Rote Kreuz? An Osteuropa? Auf welche Summe kommen wir in einem Jahr? Ich sehe das auch im Zusammenhang mit den Sparanstrengungen etwa im militärischen Bereich. Gibt es hier nicht einen Konnex derart, dass man beispielsweise zwar bei der Armee einspart, aber den entsprechenden Betrag direkt in die Friedenspolitik der EZA überführt, statt die Armee als

Goldesel für alles mögliche zu benützen? Die Auguren, die für das Jahr 1992 einen Wiederaufschwung prophezeit haben, täuschen sich. Deshalb wird die finanzielle Frage eine der vordringlichsten sein, und wir müssen hier Klarheit haben.

Rychen: Ich sehe die Verbindung zwischen humanitärer Hilfe und technischer EZA, warne aber davor, beides in der Diskussion allzu sehr zu vermischen. Humanitäre Hilfe ist Überlebenshilfe. Technische EZA ist dagegen strukturelle Hilfe. Darf man humanitäre Hilfe mit politischen Bedingungen verknüpfen? Ich meine, sie hat nur den leidenden Menschen vor sich, dem direkt und nicht etwa über menschenrechtsverletzende Regime geholfen werden muss. An technische ZA kann man dagegen politische Bedingungen knüpfen. Über diese klare Trennung sollten wir hier zu einer einheitlichen Auffassung kommen und diese auch im Plenum vertreten.

Des Weiteren wird hier immer ausführlich dargestellt, wieviel von den Geldern an die internationalen Hilfsorganisationen wie das Flüchtlingskommissariat usw. gehen. Wie sieht das Verhältnis bei diesen 1050 Millionen Franken aus? Was wird als direkte Hilfe durch unsere Organisationen ausgegeben und was geht an internationale Organisationen? Die Schweiz sollte mehr Mittel den eigenen humanitären Organisationen zur Verfügung stellen. Wir haben anerkannte Hilfswerke, die erfolgreich und schnell arbeiten können.

Frau Segmüller: Ich bin ein wenig besorgt über das Verständnis von humanitärer Hilfe. Als Mitglied der beratenden Kommission für EZA muss ich sagen, dass wir die Einführung des Vier-Jahre-Turnus gewünscht haben, denn der dreijährige Turnus hat unnötige verwaltungsinterne Arbeit verursacht. Ebenso war man sich über die Erhöhung und Angleichung an das OECD-Mittel im klaren, wenn auch noch bevor den trüben Finanzaussichten unseres Landes.

Ich kann vier Bereiche ausmachen, in denen wir Hilfe leisten:

- die klassische EZA, für die wir kürzlich einen Rahmenkredit verabschiedet haben,
- die humanitäre Hilfe, die jetzt zur Diskussion steht,
- Hilfe in den Herkunftsländern der Asylbewerber, was sich manchmal, jedoch nicht unbedingt mit EZA deckt. Denn laut Gesetz ist unsere EZA auf die ärmsten der armen Länder ausgerichtet und dort auf die ärmsten Schichten, und das sind nicht unbedingt die Länder, aus denen die Asylbewerber kommen. Hier liegt die Schwierigkeit. Wir sollten für diese Herkunftsländer tatsächlich etwas tun, aber ohne dafür Mittel von der klassischen Entwicklungshilfe abzuzweigen. Das können wir uns international nicht leisten.

- die Osteuropahilfe, die weder reine humanitäre Hilfe darstellt, obschon sie Elemente davon hat, beispielsweise wenn in Russland eine Hungersnot oder in Jugoslawien ein Bürgerkrieg ausbricht. Trotzdem gehört Osteuropa nicht zur klassisch unterentwickelten Dritten Welt.

Wir sollten also klarstellen, wo die Unterschiede liegen und die gesamten Kreditbeträge nicht am Schluss zusammenzählen. Eine Frage zum Änderungsantrag, wie er im Ständerat angenommen wurde: Es hat mich befremdet, dass man zwar einen Rahmenkredit von vier Jahren schafft, die Bereiche ohne feste Beträge aufführt, um eine grössere Flexibilität zu erhalten, aber danach die Milchlieferung fixiert. Zwar soll die Direkt-

hilfe mit Milchprodukten im gewohnten Rahmen weitergehen, doch humanitäre Hilfe ist primär nicht Hilfe für die Bauernschaft in der Schweiz. Nun wird auch noch der Export von Fleisch gefordert. Es geht hier sehr oft um ganz andere Kulturen als die unsere. Folglich ist das eine Übung am falschen Ort. Man hätte lieber in den Kommentaren für die Materialien gesagt, dass die Direkthilfe mit Milch nicht kleiner werden soll.

Eher teile ich die Besorgnis bezüglich der Bundesfinanzen. Im Ständerat ist ein Kürzungsantrag offenbar abgelehnt worden. Könnte man unserer misslichen Finanzlage nicht etwas entgegenkommen und den Rahmenkredit wie vorgeschlagen verabschieden, aber im Budget den gleichen Betrag wie 1991 plus der Teuerung einsetzen? Das wäre keine effektive Erhöhung. Wir könnten dann in den nächsten Jahren sehen, wie viele Katastrophen passieren und gegebenenfalls mit einem Nachtragskredit bis zur jetzigen Höhe (also die 1050 Millionen Franken geteilt durch 4) kommen. Falls man den Kredit nicht aufbraucht, könnte man ein fünftes Jahr dazugeben. Vielleicht wäre das ein Weg, um eine Kürzung der Entwicklungshilfe, die zahlreiche Stimmen angesichts der Bundesfinanzen fordern, zu vermeiden.

Frau Grendelmeier: Zuerst das Negative: Auch mich stört es, wenn die vier Bereiche von Entwicklungshilfeleistungen nicht zuletzt auch als Hilfe für die Landwirtschaft in der Schweiz verstanden werden. Entweder helfen wir, und zwar mit den Gütern, die jeweils gebraucht werden, oder wir nennen es ehrlicherweise Export.

Verwirrend für die Bevölkerung sind wohl die verschiedenen Pakete von Hilfeleistungen, die den vielen, wegen der Finanzen besorgten Bürgern eine üppige Vielfalt von Hilfsangeboten suggerieren. Es wäre psychologisch richtiger, ein Gesamtpaket zu verabschieden. Oder werden diese verschiedenen Pakete gerade deshalb geschnürt, damit die Bevölkerung nicht über einen allzu hohen Gesamtbetrag erschrickt?

Wir dürfen unsere finanziellen Probleme, sofern sie diese Hilfen betreffen, auch nicht überschätzen. Langfristig geht es um eine Frage des Überlebens der Schweiz als politische Einheit. Wir werden im Ausland beobachtet, und wenn man in wesentlich ärmeren Ländern hört, wir hätten finanzielle Schwierigkeiten, dann tönt das dort lächerlich. Und wir machen uns als noch immer sehr, sehr reiches Land unglaublich, wenn wir ausgerechnet hier sparen wollen.

Wäre es also nicht psychologisch einfacher, ein Gesamtpaket vorzusetzen, als immer wieder von neuem Teilbereiche?

Frau Bär: Not und Leid auf der Welt verlangen unsere Solidarität, und zwar in der beantragten Höhe des Rahmenkredits. Daran Abstriche vorzunehmen wäre nicht langfristig gedacht. Das Geschäft ist sauber, transparent und ehrlich, und ich verlange dies eigentlich von allen Geschäften im Bundeshaus. Im übrigen hat sich die schweizerische Bevölkerung für humanitäre Hilfe stets offen gezeigt, das lässt sich aus den privaten Spendenaktionen bei Katastrophenfällen ersehen. Womit ich ebenfalls Probleme habe, ist die ständerätliche Ergänzung des Antrages um die Milchlieferung. Jahrelang wurde diese Problematik diskutiert und schien auf dem Weg einer Lö-

sung zu sein. Nun haben wir einen Rückfall in die alte Situation.

Eine Frage zur Seite 22: Sie kennen meine kritische Haltung gegenüber den Strukturanpassungen von IWF und Weltbank, und hier steht nun schwarz auf weiss, dass "eine dritte Kategorie von Programmen und Projekten" entstanden sei, die die Schäden durch die Strukturanpassungen sozial auffangen soll. Das ist natürlich keine kohärente Aussenpolitik, die wir hier betreiben. Lässt sich prozentual ungefähr beziffern, was jetzt an Schäden durch Strukturanpassungen wieder gutgemacht werden soll?

Eine zweite Frage: Teile des Rahmenkredits müssen für Osteuropa gesprochen werden. Wie kann dieser Anteil von dem unter Traktandum 2 morgen zu behandelnden Osteuropageschäft abgegrenzt werden?

Rychen: Das Problem, das Milch nicht in jeder Kultur unbegrenzt einsetzbar ist, akzeptieren wir durchaus und müssen wir auch unseren Bauern bewusst machen. Auf der anderen Seite müssen wir gewisse gesamtpolitische Überlegungen einbeziehen. Es ist keine abstruse, sondern eine natürliche Forderung, bei der Leistung von humanitärer Hilfe auch eigene Nahrungsmittel einzusetzen. Das macht jedes andere Land auch.

Zudem müssen wir gegenüber den Landwirten und ihnen nahestehenden Kreisen ein Zeichen setzen, um den good-will für solche auswärtige Hilfe zu bekommen. Es geht hier um nach wie vor begrenzte und nicht um ausschliessliche Mengen, die man ohne dogmatische Grundhaltung ansehen sollte.

Ein letztes: Es ist neu, dass humanitäre Hilfe nun auch in Osteuropa notwendig wird, dass wir vielleicht diesen Winter gegen Hunger in Russland oder Bulgarien vorgehen müssen. Dorthin kann man Milch und Fleisch problemlos liefern und muss sie nicht krampfhaft an einem anderen Ort einkaufen.

Botschafter Staehelin: Was die von Frau Bäumlín angesprochenen Unebenheiten betrifft, so haben wir uns in der Botschaft über die EZA viel intensiver mit den Ursachen der Ungleichgewichte und auch der Katastrophen auseinandergesetzt. Denn diese Ursachen können nur mit langfristigen Massnahmen wirksam angegangen werden. Dagegen hat die humanitäre Hilfe, wie verschiedentlich gesagt, ein engeres und kürzerfristiges Mandat. Hierbei versuchen wir an die längerfristigen Ursachen zu denken, um den Übergang zu jenen Massnahmen leichter zu finden oder die Betroffenen selber in die Lage zu versetzen, ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Schon gar nicht soll die humanitäre Hilfe Abhängigkeiten verstärken.

Es ist klar, dass notwendige Strukturanpassungsprogramme, ob in afrikanischen, lateinamerikanischen oder osteuropäischen Ländern, eine Roskur beinhalten. In der Regel geht es darum, den strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Chance zu geben, wieder eine langfristig sinnvolle Wirtschaftstätigkeit aufzunehmen. Sehr oft geht es sogar darum, die Urproduktion im Landwirtschaftsbereich wieder zu ermöglichen. Diese ist zum Teil durch falsche Nahrungsmittelhilfe und durch eine entsprechende Privilegierung der städtischen Bevölkerung und ihrer Bürokratien geschädigt worden. Solche Strukturanpassungen müssen bestimmte Kreise zum Teil hart treffen und Übergangsprobleme schaffen. Hier kann die humani-

täre Hilfe nützlich sein, weil sie gewisse Effekte mildert; nur darf sie diese Anpassungsprozesse nicht verhindern. Ich sehe hier eher ein Problem der Kohärenz. In gewissen Strukturanpassungsprogrammen müssen wir noch eine Dosis gezielte humanitäre Hilfe einsetzen. Vor sieben, acht Jahren hat man an diese wichtigen sozialen Schwierigkeiten zu wenig gedacht. Heute weiss man, dass die Auswirkungen in die Konzeption von Strukturanpassungen eingehen müssen, weil sie sonst nicht sozial verträglich sind. Dann kann es zu Umstürzen und Rückfällen in die Diktaturen kommen, die wir gerade vermeiden wollen. Hier finden zur Zeit grosse Veränderungen statt, und dies sind auch grosse Chancen für Demokratisierungen. Es ist richtig: Die humanitäre Hilfe ist politischer geworden. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir eine politische Konditionalität machen und zum Beispiel in einem Land, in dem die Menschenrechte verletzt werden, keine Hilfe an die notleidende Bevölkerung leisten. Denn diese leidet ja gerade auch unter den Verletzungen der Menschenrechte. Hier müssen wir ohne Ansehen der Regime helfen, wenn wir können. Unser antizyklisches Verhalten steht in Beziehung zu den Spendewellen privater oder internationaler Art. Auch unter den Regierungen werden gewisse Hilfsaktionen Mode, und dabei werden Schauplätze vergessen. Zum Beispiel war der Krieg zwischen Iran und Irak jahrelang aus dem Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit geraten. Das IKRK hatte deshalb Mühe, für seine Arbeit in diesem Bereich die nötigen finanziellen Mittel zu erhalten. Dagegen haben wir uns bei anderen Krisenherden zurückgehalten, die immer wieder am Fernsehen waren und zu denen entsprechende private und internationale Spenden für Aktionen des IKRK oder des Hochkommissariats für Flüchtlinge eintrafen. Freilich sind wir dabei immer im Dialog mit diesen Organisationen geblieben. Auf Präventionsmassnahmen wie die Verteilung von Saatgut in Situationen, in denen wegen Hungersnöten das Saatgut aufgegessen wurde, müssen wir systematisch eintreten. Auch das IKRK hat derartige Aktionen über seine klassischen Aufgaben hinaus gerade in Konfliktgebieten begonnen, in denen andere Hilfswerke nicht tätig sein können. Hier stellen wir die nötigen Finanzmittel im Rahmen unserer Verfügbarkeit bereit. Dies dürfte die internationale Landwirtschaft nicht berühren. Es geht immer um Notgebiete, in denen der internationale Markt sowieso nicht zum Zuge kommt. Der beantragte Rahmenkredit ermöglicht in der Tat eine wesentliche Erhöhung der Mittel für humanitäre Hilfe. Freilich enthält ein Rahmenkredit nicht den geringsten Mittelabflusszwang. Den effektiven Einsatz dieser Mittel bestimmen Sie mit dem jährlichen Budget in der Diskussion über den Finanzplan. Ich war gerade heute morgen mit Herrn Generalsekretär Schaller in der Sektion 2 der Finanzkommission Ihres Rates, um über das Budget für das nächste Jahr Rede und Antwort zu stehen. Zum Beispiel haben wir für den Bereich der DEH nach allen bereits stattgefundenen Kompressionen im Moment für die humanitäre Hilfe und die technische ZA und Finanzhilfe zusammen ein Wachstum von 3,6 Prozent, wenn man einmal absieht von den speziellen Aufwendungen für den Beitritt zu den bread-and-wood-Institutionen bzw. zur Weltbank und zur International Finance Cooperation. Das liegt also unter der Teuerung. Wir hatten uns ursprünglich bemüht, mindestens für alle laufenden Aktionen den Wert zu erhalten, und ein Wachs-

tum von 5 Prozent geplant. Unter dem Druck der Kürzungen sind daraus schliesslich 3,6 Prozent geworden, vorausgesetzt, dass dies im Dezember von Ihrem Rat gutgeheissen wird. Praktisch haben wir also kein reelles Wachstum, und zwar weder für die EZA noch für die humanitäre Hilfe.

Wenn wir ein überdurchschnittliches Wachstum des Rahmenkredits geplant haben, dann hat dies damit zu tun, dass wir schwerere Zeiten befürchten und dass der Bund die Mittel und Handlungsmöglichkeiten haben muss, auf schlimme humanitäre Situation weltweit reagieren zu können.

Die öffentliche Entwicklungshilfe ist nicht einfach in separaten Paketen präsentiert. Sicher haben Sie in separaten Paketen die Rahmenkredite. Das scheint mir sinnvoll, weil diese Pakete einen politischen Dialog über die spezifischen Massnahmen mit dem Parlament erleichtern. Würden wir von der Osthilfe über die vielfältigen Formen der EZA und die humanitäre Hilfe alles zusammenpacken, dann bekämen wir eine sehr viel kompliziertere Diskussion über die Ausrichtung dieser verschiedenartigen Instrumente. Die Finanzplanung dagegen erfolgt immer als eine Gesamtplanung der öffentlichen Entwicklungshilfe. Hierzu gehören die humanitäre Hilfe, die EZA, die Finanzhilfe, Entschuldungsmassnahmen unter dem Kriterium der EZA und Beiträge, ob über internationale Organisationen oder bilaterale Aktionen oder an Fonds der internationalen Entwicklungsbanken. All dies ist in einem einzigen Paket in der Finanzplanung enthalten. Wenn wir bei der humanitären Hilfe ein höheres Wachstum einplanen und wenn wir gezwungen sind, diesen höheren Rahmenkredit auszuschöpfen, dann bedingt dies unter Umständen entsprechende eindämmende Massnahmen in der langfristigen EZA, weil wir uns an das Gesamtvolumen der budgetierten Mittel halten müssen.

Noch etwas: Wir haben auch die Reserve für den Rahmenkredit erhöht. Sie ist im Finanzplan nicht enthalten. Sollte diese Reserve gebraucht werden, so wird entweder an anderen Orten kompensiert werden müssen oder der Bundesrat müsste Zusatzkredite beantragen, und das Parlament müsste sie bewilligen. Wird der Rahmenkredit dagegen in vier Jahren nicht ausgeschöpft, dann dauert er eben so lange, bis der nächste Rahmenkredit an die Reihe kommt. Die Mittel gingen also nicht verloren.

Das zentrale Anliegen der Nahrungsmittelhilfe ist die Priorität der Bedürfnisse der notleidenden Bevölkerung. Milchprodukte setzen wir nur dann ein, wenn wir wissen, dass sie richtig verwendet werden, denn Milchpulver und Käse sind sehr wertvolle Nahrungsmittel, die eine entsprechende Sorgfalt und Kontrolle verlangen. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass es den Schweizer Bauern eine Hilfe wäre, wenn wir mehr Milchprodukte aufbieten würden als effektiv sinnvoll gebraucht werden. Der Milchpreis ist durch einen anderen Bundesbeschluss geregelt. Sobald wir Milchprodukte in der Nahrungsmittelhilfe einsetzen, entlasten wir die Milchrechnung, aber die Bauern erhalten nicht mehr Geld. Und wir entlasten die Milchrechnung zur Hälfte der Kosten, die wir für die Nahrungsmittelhilfe in Form von Milchprodukten ausgeben. Es kommt letztlich den Steuerzahler billiger, die Milchprodukte im Export nach Amerika zu subventionieren, als sie für die Nahrungsmittelhilfe in Krisengebiete zu bringen. Freilich ist Ihr Anliegen auch ein psychologisches und kein rechnerisches. Deshalb ist der Bundesrat nach eingehender Diskussion auf den im Ständerat

vorgebrachten Antrag eingegangen. Die jetzige Formulierung entspricht im wesentlichen der Planung, die der Bundesrat in dieser Botschaft vorlegt. Er diskriminiert die Milch nicht, er zwingt auch nicht den Bundesrat zu einer Milchpolitik, die nicht den Interessen der Bedürftigen entspräche.

Zur Frage des Überganges von der humanitären zur technischen Hilfe und zur Finanzhilfe: Wir haben in verschiedenen Ländern solche Grenzfälle erlebt und dabei stets versucht, uns nicht doktrinär oder bürokratisch zu verhalten und stattdessen zu den uns zweckmässig erschienenen Rahmenkrediten Zugriff zu nehmen, um rasch und effizient zu helfen. 1985 zeigte sich in der Sahel-Krise, dass es sehr schwierig war, die lokalen Initiativen zur Selbsthilfe zu fördern. Eine ganze Reihe von Mitarbeitern konnte praktisch dort nicht arbeiten, da es nicht geregnet hatte und gewisse Programme ins Stocken gerieten. Also habe ich aus Zweckmässigkeitsgründen aus dem Rahmenkredit für technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe jedem Koordinationsbüro in seinem Gebiet 1 Million Franken als kleinen Rahmenkredit zur Verfügung gestellt. Das Geld wurde nach strengen Kriterien lokal eingesetzt, um private Hilfswerke, Missionen oder eben brachliegende Entwicklungsprogramme zu finanzieren. Damit konnten dort Gemüsegärten angelegt werden, wo sich noch Wasser aus dem Boden holen liess.

In einem anderen Fall haben wir den Rahmenkredit für humanitäre Hilfe für ein Programm an der Grenze zwischen humanitärer Hilfe und längerfristiger EZA eingesetzt, zum Beispiel im Anschluss an die Namibia-Aktion der Schweiz. Dort war das SKH das beste Instrument für einen sinnvollen, zeitlich begrenzten Einsatz, bei dem die medizinische Versorgung in einem bestimmten Gebiet eingerichtet, der Abzug der südafrikanischen Unterstützung ersetzt und auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden musste.

Was die Abgrenzung zur Osteuropahilfe betrifft, so hat die humanitäre Hilfe von jeher ein weltweites Mandat. Bei einem Erdbeben in Armenien zum Beispiel können wir nicht auf einen Rahmenkredit für Osteuropahilfe warten. Wenn es also effektiv identifizierbare Zielgruppen in Osteuropa gibt, die in Not geraten sind, dann können wir humanitäre Hilfe leisten. Aber wenn es darum geht, in Osteuropa die Demokratisierungs- und Strukturanpassungsprogramme über die Runden zu bringen, weil die Metzgereien leer sind, dann ist das keine Sache der humanitären Hilfe. Das geht vielleicht die Commodity Aid an, die international koordiniert und organisiert werden muss, damit sie überhaupt die nötige flächendeckende Wirkung haben kann. Bei der humanitären Hilfe stellen wir keine politischen Bedingungen. Wir helfen im Rahmen des Möglichen, das immer viel weniger ist als das, was notwendig wäre. Im Bereich der langfristigen EZA dagegen müssen die Aufwendungen für die Rüstung zum Beispiel und die Fragen zur Menschenrechtspolitik zur Diskussion gestellt werden.

Was die Herkunftsländer der Asylbewerber angeht, so kann dort die humanitäre Hilfe sehr wahrscheinlich wenig ausrichten. Eher kann unter Umständen der politische Dialog, der dann ausser der EZA auch Menschenrechtspolitik, Wirtschaftspolitik, Rüstungslieferungen und derartige Fragen umfasst, etwas erreichen. Die humanitäre Hilfe ist dagegen in den Aufnahmeländern von grosser Bedeutung. Die grösste Zahl der internationalen Flüchtlinge überschreitet die Grenzen zu den Nach-

barländern und wird dort zu Hunderttausenden und zu Millionen aufgenommen. Hier kommen das IKRK bei Konfliktsituationen oder das Hochkommissariat für Flüchtlinge, aber auch die privaten Hilfswerke zum Zuge. Sie helfen den Menschen, in der Region zu bleiben und ihre freiwillige Rückkehr vorzubereiten, sobald die Verhältnisse sich wieder bessern.

Wie viele Gelder laufen über internationale Hilfsorganisationen und wie viele über nationale Hilfswerke? Erstere können Probleme angehen, die nur in diesem grossen Rahmen überhaupt angegangen werden können, während die kleineren Hilfswerke nicht so strategisch einwirken können. Es gibt also eine gewisse Aufgabenteilung. Das andere ist: Die privaten Hilfswerke in der Schweiz erhalten Beiträge. Hier achten wir darauf, dass sie nicht einfach Ausführungsorgane des Bundes werden. Viele ihrer Mittel werden manchmal durch die Glückskette und ähnliche Aktionen gesammelt. Ich möchte die Eigenständigkeit der Hilfswerke nicht durch eine Überschwemmung mit Bundesmitteln in Frage stellen, doch Hilfswerke mit guten Vorschlägen kriegen auch die entsprechenden Beiträge.

Raedersdorf: Was verstehen wir unter "humanitär"? Von der Waffenlieferung bis zu einem Stück Brot wird alles mit humanitärer Hilfe bezeichnet. Aber sie ist, einfach ausgedrückt, eine Sanitätspolizei und Feuerwehr. Sie hat zwei Elemente, zum einen das Korps und zum zweiten die Nahrungsmittelhilfe der neun Mitarbeiter, die jährlich gegen 1600 Gesuche prüfen und gegen 600 bewilligen: meine Apotheke. Wenn nun unser Auftraggeber dieses Instrument behalten will, dann muss es weltweit schnell und effizient eingesetzt werden können, und es dürfen keine Einschränkungen auferlegt werden. Wir beurteilen jede Situation und jede Katastrophe für sich und vergleichen nicht zwischen Osteuropa und der Dritten Welt und handeln nach einer Auf- und Abklärungsmission, mit der wir die Bedürfnisse feststellen.

Nehmen wir das Beispiel Osteuropa im letzten Jahr, wo es hiess, es herrsche eine Hungersnot. Es herrschte tatsächlich eine Hungersnot, aber es ist niemand dort verhungert. Deshalb haben wir wohl geholfen, doch nicht im gleichen Ausmass wie an einem anderen Ort wie in Äthiopien, wo die Menschen sterben.

Wir haben letztes Jahr im Departement lange darüber diskutiert, ob wir nicht einen Teil der humanitären Hilfe für Osteuropa reservieren sollten. Schlussendlich haben wir nein gesagt. Sonst käme in einigen Jahren der Nahe Osten dazu, und wir könnten nicht mehr handeln, wenn es notwendig wäre. Deshalb möchten wir auch nicht eingeschränkt werden, zum Beispiel indem man uns den prozentualen Anteil an Milch an unserer Nahrungsmittelhilfe vorschreibt.

Für unsere Einsätze gibt es vier Phasen: die Präventions-, die Rettungs-, die Überlebens- und die Wiederaufbauphase. Danach würden sich die EZA anschliessen und später die politischen Überlegungen.

Noch ein Beispiel zum antizyklischen Verhalten, und zwar zu Albanien. Dort konzentrierte sich die ganze internationale Hilfe auf die Ebene. Wir dagegen haben bewusst in den Bergen im Norden geholfen, wo nur wenige Hilfsorganisationen hinfingen.

Ein ähnliches Beispiel ist Nicaragua. Nach den Verwüstungen durch einen Taifun u.a. konzentrierte sich die internationale

Hilfe auf die Gebiete am Meer, was wegen der guten Flugplätze und der Möglichkeiten, per Schiff hinzugelangen, verständlich ist. Trotzdem haben wir etwa hundert Kilometer im Landesinneren geholfen.

Der entscheidende Unterschied zur Nachbarschafts- und zur Osteuropahilfe ist die Überlegung, ob wir aus politischen Gründen eingreifen wollen oder nicht. So haben wir uns während des Golfkrieges immer wieder gefragt, was wir tun würden, wenn in Bagdad ein Erdbeben passieren würde. Politische Überlegungen bzw. Rücksichtsnahmen - ja oder nein? Ich bin froh, dass wir diese Frage nicht entscheiden mussten.

Bangla Desh ist für uns ein klassisches Beispiel für die Kohärenz von EZA und humanitärer Hilfe, die dort ausgezeichnet miteinander gearbeitet haben. Wir sind auch noch in verschiedenen Projekten dort tätig.

Vor jedem Einsatz, der nicht sofortige Nothilfe ist, sprechen wir immer wieder miteinander. Auf den Philippinen haben wir nach dem Erdbeben 25 Schulhäuser gebaut. Ergibt sich daraus nicht eine EZA für unsere Direktion, die quasi gezwungen ist weiterzufahren, weil wir begonnen haben? Dieses Problem wird immer wieder eingehend untereinander besprochen. Deshalb ist es auch richtig, wenn die humanitäre Hilfe sich in der gleichen Direktion wie die EZA befindet.

Ein Beispiel zu unseren Aktivitäten in den Herkunftsländern der Asylbewerber: Frau Nationalrätin Fankhauser hat uns gebeten, in der Türkei wenigstens zu prüfen, ob Abklärungen über die soziale Unterstützung für Rückkehrerinnen möglich sind. Wir werden die Prüfung solcher Massnahmen im humanitären Bereich sicher unterstützen. Dass weniger Asylanten kommen, können wir mit der humanitären Hilfe freilich nicht erreichen. Das haben wir auf Sri Lanka eindeutig erlebt und erleben es immer wieder. Aber unseren Teil werden wir sicher dazu beitragen.

Auf Seite 118 sind alle Hilfswerke aufgeführt, die wir in der Schweiz unterstützen. Die Zusammenarbeit mit ihnen ist gut, und hoffentlich sagen sie von ihrer Warte aus das gleiche. Etwa 20 Prozent an Geldern gehen an diese Hilfswerke.

In den Milchrichtlinien, die mit den politischen Behörden, den Hilfswerken und den Milchvertretern ausgehandelt wurden, versuchen wir klare Marschrichtungen aufzuzeigen. Sie wurden genehmigt, und wir haben im letzten Jahr erste gute Erfahrungen mit ihnen gesammelt.

Schaller: Wenn man den Zahlenteil der Botschaft liest, erhält man eine recht gute Übersicht über die Ausgaben für unsere Hilfeleistungen an das Ausland. Es ist dort erläutert, was wo an welche Organisation geliefert und was auf bilateralem Weg geleistet wird; relativ ausführlich ist von der Osteuropahilfe die Rede und von der EZA ebenfalls.

Was die Grössenordnung betrifft, so stimmt die budgettechnische Grösse "Beziehungen zum Ausland" mit den Departementen nicht voll überein. Es sind auch Ausgaben aus dem EVD und hier aus dem BAWI dabei. Dieser Bereich der Beziehungen zum Ausland hält sich seit den 22 Jahren, die hier statistisch in die Budgetbotschaft übernommen sind, konstant auf dem sechsten Rang unserer staatlichen Ausgaben. Traditionell Nummer 1 ist die soziale Wohlfahrt, dann folgen die Landesverteidigung, der Verkehr, Landwirtschaft und Ernährung, schliesslich Bildung und Grundlagenforschung. Auf ein Gesamtbudget von

etwa 37,8 Milliarden Franken entfallen auf die Auswärtigen Beziehungen 2,2 Milliarden, ein Anteil, der sich bei 5,8 Prozent der gesamten Staatsausgaben eingependelt hat. Die Budgetbotschaft spricht diesmal davon, dass dieser Anteil am stärksten gewachsen ist, bezogen auf die Finanzplanzahlen, die wir eingegeben hatten. Tatsächlich gab es eine ansehnliche Erhöhung um rund 520 Millionen Franken auf die erwähnten 2,2 Milliarden. Aber diese Zahl gilt es zu relativieren. Es wären in Abzug zu bringen: 195 Millionen Franken, die wir für den Beitritt zu den bread-and-wood-Organisationen ausgeben, vom Parlament so beschlossen, und 120 Millionen Franken, der Anteil im nächsten Jahr an den Entschuldungs- und Umwälzungsmassnahmen aus dem 700-Millionen-Franken-Paket, das die Räte ebenfalls beschlossen haben. Zieht man diese 315 Millionen Franken von den 520 Millionen ab, kommt man auf eine Erhöhung von rund 200 Millionen Franken oder 12 Prozent, womit die enorme Steigerung von 31 Prozent relativiert erscheint. Wenn ich die Ausgaben für die humanitäre Hilfe auf ein Jahr umlege, dann komme ich, die Reserven nicht dazugezählt, auf 229 Millionen Franken jährlich. Der Quervergleich mit den 37,8 Milliarden als den Gesamtausgaben im nächsten Jahr ist zwar etwas fragwürdig, aber als Hinweis auf die Grössenordnungen nützlich, mit denen wir es hier zu tun haben.

Frey Walter: Meine Frage nach dem enormen Anstieg des Rahmenkredits von durchschnittlich 176 Millionen Franken in den letzten drei Jahren auf 262 Millionen (und nicht auf 229 Millionen) wurde nicht hinreichend beantwortet. Dass die Zeiten schwieriger werden würden, war die einzige substantielle Aussage zu dieser Erhöhung. Weite Kreise, die sich gerade in der EZA engagieren, sind aber davon überzeugt, dass es um den Frieden in der Zukunft sogar besser bestellt sei als heute. Sonst würde man doch nicht das Armeebudget kürzen.

Man hat gesagt, dass für 1991/92 die humanitäre Hilfe nur um effektiv 3,6 Prozent wächst. Gerade deshalb wäre mein Vorschlag sinnvoll, statt 1050 Millionen Franken nur 880 Millionen zu beantragen. Dies entspräche einer Erhöhung von etwa 25 Prozent ohne Reserve. Zudem könnte man einen Sofortkredit beim Parlament sicher erwirken.

In der Praxis gibt man sich immer Mühe, den Rahmenkredit auszunützen, aus Angst, in Zukunft die nötigen Mittel nicht mehr zu erhalten. Deshalb sollten wir die Rahmenkredite so knapp wie möglich halten und bei nicht voraussehbaren Katastrophen andere Instrumente einsetzen.

Wenn man Güter für die Nahrungsmittelhilfe liefern kann, die in der Schweiz hergestellt werden, dann soll man dies auch tun, und zwar nicht nur aus psychologischen sondern manchmal auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen. Deshalb sollten wir neben der Milch und dem Getreide noch das Fleisch einfügen. Es wird der Botschaft keine Schwierigkeiten verursachen.

Raedersdorf: Für die Erhöhung haben wir folgendes zu berücksichtigen: die Finanzplanung des Bundes und die Absichtserklärung des Bundesrates, an den OECD-Durchschnitt heranzukommen. Wir haben 20 Prozent der gesamten EZA-Ausgaben genommen und müssen, wie in der Botschaft umschrieben, davon ausgehen, dass heute mehr Katastrophen stattfinden, und zwar solche, die durch den Menschen verursacht werden.

Vier Arten von Katastrophen sind zu unterscheiden:

- Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen usw.
- Zivilisationskatastrophen wie Dammbürche oder Chemiekatastrophen
- Kriege und Bürgerkriege
- Katastrophen aufgrund struktureller Mängel wie in Osteuropa zum Beispiel.

Würden wir das Geld erst dann verlangen, wenn die Katastrophe geschehen ist, könnten wir unseren Auftrag nicht erfüllen. Wir müssen unsere Mittel sofort zur Verfügung haben, damit wir sie ohne Zeitverlust einsetzen können. Ein Beispiel: Der irakische Einmarsch in Kuwait löste eine Flüchtlingswelle nach Jordanien aus, auf die das IKRK seinem Auftrag gemäss sofort reagierte. Wir konnten es mit finanziellen Mitteln sogleich unterstützen, damit unverzüglich Wasser, Treibstoff usw. gekauft wurde. Mit Wasserspezialisten aus dem Korps haben wir unsere Unterstützung verstärkt. Müssten wir zunächst die finanziellen Mittel bei unserer Behörde erfragen, wäre die humanitäre Hilfe gelähmt. Gerade unsere Möglichkeiten, sofort und effizient zu helfen, schaffen uns Vertrauen. Im Ausland beneidet man uns darum.

Ein letztes Beispiel: Vor einer Woche war ich bei der UNO, wo es darum ging, die humanitäre Hilfe besser zu koordinieren. Die Schweiz wird dort recht an den Rand gedrückt, und wir haben bei solchen internationalen Anlässen bald nichts mehr zu sagen. Würden wir die finanziellen Mittel reduzieren, könnten wir noch weniger einsetzen als bis anhin.

Frey Walter: 880 Millionen Franken bedeuten eine Steigerung von 25 Prozent und keine Reduzierung. Das gleiche gilt für eine jährliche Aufstockung von 176 Millionen auf 220 Millionen Franken.

Botschafter Staehelin: Bei der Planung eines Rahmenkredits gehen wir von der Absichtserklärung des Bundesrates aus, von der Finanzplanung und davon, wieviel vom Parlament vorgelegt worden ist. Und wir haben noch eine erhöhte Reserve dazugenommen, die nicht im Finanzplan enthalten ist. Wird sie während der vier Jahre gebraucht, muss sie grundsätzlich in anderen Bereichen kompensiert werden; wenn nicht, verlängert sie die Laufzeit des Rahmenkredits. Dieser Rahmenkredit ist die gesetzliche Grundlage zum Handeln, sobald die entsprechenden Mittel im Budget vorhanden sind. Hätten wir nur Mittel im Budget ohne den entsprechenden Rahmenkredit, so bekämen wir wegen der fehlenden gesetzlichen Grundlage langwierige Probleme. Deshalb will der Bundesrat den Rahmenkredit gross genug bemessen und sich selbstverständlich an die Budgetdisziplin halten.

Setzen Sie bitte keine international falschen Zeichen, die als Mangel an Solidarität der Schweiz missverstanden werden würden.

Wir werden nicht mehr ausgeben, als im Budget zur Verfügung gestellt wird. Es haben schon andere Rahmenkredite wesentlich länger als die ursprünglich anberaumte Laufzeit vorgehalten.

Frau Segmüller: Wenn sich in der Debatte im Rat zeigen würde, dass Kürzungsanträge zum Rahmenkredit kommen, wäre es dann nicht besser, den grossen Rahmenkredit so zu verteidigen, dass man sich damit einverstanden erklärt, im Budget den von Herrn Frey genannten Betrag von 220 Millionen Franken freizu-

geben? Wäre das nicht das kleinere Übel, auch als internationales Signal, für das doch die Höhe des Rahmenkredits wichtiger ist? Immerhin behandeln wir die Botschaft in derselben Session wie das Budget, und da bestehen Gefahren.

Frau Grendelmeier: Zwei andere Fragen. Es wurde im Zusammenhang mit Strukturanpassungsschwierigkeiten von Rückfällen in scheinbar überwundene Diktaturen usw. gesprochen. Sollten diesen Winter in Osteuropa, ob in Russland oder Bulgarien oder sonstwo, Hungersnöte zu überwinden sein, könnte das mit der humanitären Hilfe geschehen?

Wie weit haben Sie in Jugoslawien bisher helfen können? Verschiedene Städte sind dort seit Wochen eingekesselt, denen sicher dringend geholfen werden müsste.

Rychen: Das Parlament trägt die Budgethoheit, und wir können nicht so tun, als ob es hier keine psychologisch politischen Auswirkungen gäbe. Wir haben im letzten Jahr einer massiven Erhöhung der technischen ZA zugestimmt. Inzwischen will sich der Bundesrat nicht nur dem OECD annähern, sondern es hat sich auch die Finanzlage drastisch verändert. Die Einnahmenseite wird mit den rezessiven Erscheinungen noch stärker ausfallen. Sicher werden auch andere Staaten nicht die gewünschten und politisch gesetzten Steigerungsraten durchziehen können.

Meine erste Überlegung: In der Botschaft Osteuropahilfe haben wir eine weitere massive Steigerung von 250 auf 800 Millionen Franken, und dies angesichts der drohenden Defizite und sinkenden Einnahmen. An vielen Orten kämpft man darum, in den Ausgabenbereichen überhaupt den Teuerungsausgleich erhalten zu können. Müssten wir also nicht die beiden Botschaften hier miteinander finanzpolitisch abwägen? Auch die Beurteilung der finanzpolitischen Komponente ist eine Aufgabe unserer Kommission. Zum Beispiel könnten wir bei der Osteuropa kürzen und dafür die humanitäre Hilfe so belassen, wie sie ist, oder umgekehrt, oder wir könnten beide etwas kürzen. Damit wäre zwar kein inhaltlicher, aber ein finanzpolitischer Zusammenhang geschaffen, und wir hätten ein Zeichen gesetzt. Übernehmen wir beide Botschaften tel quel, dann werden wir im Parlament unter die Räder kommen.

Zweite Überlegung: Wir könnten die Botschaft hier unverändert annehmen und gleichzeitig einen Antrag der Kommission zuhanden der Budgetdebatte formulieren, in dem es hiesse, dass wir für das nächste Jahr vorläufig 220 Millionen Franken bewilligen möchten. Das heisst: Wir stehen generell zu dieser Erhöhung des Rahmenkredits, können aber aus finanzpolitischen Gründen für das kommende Jahr einfach nicht mehr geben. Gegenüber dem Plenum wäre dies ein Zeichen, dass wir die finanzpolitische Verantwortung mittragen. Freilich wäre das ein selbständiger Antrag, der in der Kommission eine Mehrheit hinter sich haben müsste und der zeigen würde, dass wir Wunsch, Realität und Möglichkeit abzuschätzen wissen.

Mühlemann: Es gilt sowohl aussenpolitische als auch innenpolitische Signale zu setzen. Je früher wir die Zeichen der Zeit erkennen desto besser. Sie bestehen eindeutig darin, dass wir sparen müssen, weil die Einnahmen weniger fliessen, als wir dies gerne hätten. Der schweizerische Wirtschaftsplatz lebt als Ganzes in einer Situation der Rückläufigkeit.

Folgerichtig sind auch die Steuern rückläufig, und davon sind alle weiteren Aufgaben entsprechend abhängig. Der Antrag von Herrn Frey ist diskussionswürdig. Herr Staeelin sollte ihn über Nacht überprüfen. Man sollte die beiden Rahmenkredite für die humanitäre Hilfe und für Osteuropa nicht gegeneinander ausspielen. Die heute vorgelegte Botschaft ist sauberer durchdacht und klarer erhärtet. In der anderen Botschaft wird einfach weitergeschrieben, was bis jetzt begonnen worden ist. Deshalb können wir kaum heute einsparen und morgen die andere Botschaft ungekürzt passieren lassen. Wir müssen an beiden Orten kürzen. Sonst werden wir in den Fraktionen und im Parlament Schwierigkeiten erhalten. Ich wäre froh, wenn wir diese Finanzdiskussion vertagen könnten, bis wir auch den Rahmenkredit für Osteuropa besprochen haben, um dann die ganze Entscheidung in Anwesenheit von Herrn Bundesrat Felber zu fällen.

Präsident (zu Herrn Mühlemann): Die Verschiebung eines Entscheides auf morgen wird ihn nur noch stärker gefährden. Wir werden hier wohl nicht zu einer einheitlichen Beurteilung kommen. Vor noch nicht so langer Zeit haben Sie davon geredet, dass man den Antrag 800 Millionen Franken für die Osteuropahilfe erhöhen müsste.

Frau Segmüller: Bekanntlich will Herr Bundesrat Stich im Februar 1992 ein Sanierungsprogramm vorlegen und dabei kein Gebiet verschonen. Was passiert im ganzen Bereich DEH? Würde ein Stehenlassen des Rahmenkredits bei einer Kürzung des Budgets dort hineinpassen oder nicht?

Bircher: Wir sprechen inzwischen über zwei verschiedene Dinge. Zum einen geht es um die Bewilligung eines Rahmenkredits in der vom Bundesrat beantragten Höhe, der im Sinne einer Kontinuität mit anderen Ländern und internationalen Organisationen langfristig abgestimmt ist. Zum zweiten geht es um die Budgettranchen, die in den nächsten Jahren eingesetzt werden.

Über den Rahmenkredit können wir sicher befinden. Sollte es einen Kürzungsantrag dazu geben, müssen wir uns damit befassen.

Davon unabhängig können wir im Sinne von Frau Segmüller darüber sprechen, ob zum Beispiel schon im nächsten Jahr ein volles Viertel des Kreditbetrages ausgegeben werden soll. Aber darüber können und sollen wir hier nicht befinden, sondern bei der Behandlung des Budgets. Dort wird unsere Kommission Prioritäten setzen und sich für die 5 Prozent wehren müssen oder nicht - diese Gesamtbelastung der Aussenpolitik macht im gesamten Budget etwa 2,2 Milliarden Franken oder eben rund 5 Prozent aus. Wenn wir uns als aussenpolitische Kommission nicht für diese Prioritäten einsetzen, dann ist der Betrag gestorben, denn andere Kommissionen werden für ihre Tranchen eintreten.

Wie es aussieht, scheinen die Beträge ausgewiesen. In der zweiten Runde der Budgetdebatte können wir uns unter genauer Kenntnis der Budgetzahlen dazu aussprechen. Denn dass die jetzigen Zahlen überholt sind, ergibt sich aus den Pressemeldungen, wonach der Bundesrat das Defizit von 2 Milliarden auf 1,5 Milliarden Franken gesenkt haben soll. Zum vorliegenden

Rahmenkredit können wir uns jedenfalls aussprechen und sollten ihm aus guten Gründen zustimmen.

Präsident: Das Budget ist im Nationalrat für die zweite Sessionswoche traktandiert, unser Geschäft in der dritten Woche. Wir werden darüber also in Kenntnis der Budgetbeschlüsse befinden. Eine Konfusion zwischen Budget und unserer Vorlage ist unsinnig. Wir haben grundsätzlich über unsere Vorlage zu entscheiden. Wer diesen Rahmenkredit nicht akzeptieren will, soll einen Antrag stellen, damit wir in der Detaildebatte darüber abstimmen können.

Auer: In der Botschaft steht nichts, das ich nicht unterstreichen könnte. Das gilt auch für alles, was hier zu ihren Gunsten gesagt wurde. Mit den 1050 Millionen Franken setzen wir nur ein Zeichen, gemessen am Elend in der Dritten Welt. Freilich sind wir auch Parlamentarier mit einer finanziellen Verantwortung. Es gibt in allen Ländern, gleichgültig welcher Gesellschaftsordnung, drei Probleme, die über die Zukunft entscheiden: das Verhältnis zwischen Konsum und Investitionen (inclusive Forschung), die Inflation und das Budget. Inflation und Budget sind im Grunde genommen moralische Fragen, Folgen des Verteilungskampfes. Wenn ein Land Defizite und Inflation hat, dann sichert es seine wirtschaftliche Zukunft nicht vermittels der Entwicklungshilfe. Wir sollten innenpolitisch zwischen der humanitären Hilfe und der technischen Zusammenarbeit oder Entwicklungshilfe unterscheiden. Die humanitäre Hilfe wird anerkannt und hat eine gewisse Popularität. Bei Katastrophen sind die Schweizer, übrigens auch durch private Sammlungen, hilfsbereit und unterstützen staatliche Hilfe selbst in den kantonalen Parlamenten. Anders hingegen sieht es bei der Entwicklungshilfe aus. Man verweist darauf, dass es in Afrika keine einzige Demokratie gebe und dass die Menschenrechte dort fast überall verletzt würden. Die Rüstungsausgaben dieser Länder sind phänomenal und überschreiten, wenn sie die Polizei miteinbeziehen, bei weitem die Ausgaben für das Gesundheitswesen. Den Prunk der Staatsmänner sieht der durchschnittliche Schweizer am Fernsehen. Er hört, dass in Indien die Atombombe entwickelt wird und dass in seinen Slums Millionen Menschen hungern und verhungern. Er sieht den Karneval in Rio, wo es bis zu einer gewissen Grenze einen Reichtum wie bei uns gibt, und danach beginnen die Slums. Also fragt er, warum die Reichen nicht im eigenen Land selber helfen. Solche Überlegungen sind begreiflich.

Nun ist die drastisch veränderte Finanzlage auch für die humanitäre Hilfe neu. Man hat uns im Ausland dafür gelobt, dass wir jahrelang Überschüsse in den öffentlichen Finanzen hatten. Das hat schlagartig geändert, ebenso auch die Wirtschaftslage und das innenpolitische Klima. Hinzu kommen der EWR, der ebenfalls Geld kosten wird, der Kredit für den IWF, die defizitäre SBB.

Meine Schlussfolgerung: Man stimmt dem vorgelegten Rahmenkredit aus aussenpolitischen Gründen zu, aber wir bringen bei der Begründung dieser Vorlage den Vorbehalt bezüglich des Budgets an.

Noch eine Frage an Herrn Staehelin: Inflation und schlechte Finanzlage führen tendentiell zu einer Reduktion des Frankenkurses, und damit wird der Dollar teurer. Sie werden einen

Gutteil Ihrer Arbeit in Dollar abwickeln. Haben Sie Berechnungen über die Auswirkungen?

M. Petitpierre: Je tire la même conclusion que M. Auer. Je ne reviens pas sur la question budgétaire. Il est malheureux de discuter sur la question budgétaire sans avoir une vue d'ensemble du thème que nous traitons.

S'il existe un domaine pour lequel il faut attendre pour faire des coupures, c'est bien celui-ci. Il se trouve que l'aide humanitaire doit être reconnue comme tâche absolument prioritaire. Il s'agit de motifs de philosophie politique. D'ailleurs, si nous réduisons le montant du crédit-cadre, nous donnons l'impression que nous sacrifions l'idée.

S'il le faut, nous pouvons nous référer au texte de l'arrêté qui stipule "4 ans au moins". Ne donnons pas l'impression que nous freinons de deux côtés : si nous freinons quant au montant du crédit, nous freinerons quand même, le cas échéant, lors de votes budgétaires successifs. Nous savons, quoi qu'il en soit, qu'en matière d'aide humanitaire, nous serons toujours en-dessous des besoins.

Je vous propose donc, comme M. Auer, de voter l'entrée en matière avec le crédit et le texte tels qu'ils sont proposés.

M. Cevey: J'abonderai dans le sens de M. Petitpierre en soulignant deux mots tirés du message lui-même, pour montrer à quelle point notre situation est délicate, étant appelés à jouer deux rôles : un rôle promotionnel dans les secteurs où l'intervention de l'Etat nous semble indispensable, et un rôle de contrôle en vertu des dispositions constitutionnelles. Ces deux mots essentiels sont "vital", car il s'agit de la vie de nombreuses personnes, ainsi que "constant", la nécessité de cette constance dans l'aide humanitaire étant exprimée dès l'avant-propos du message.

Dès lors, une commission comme la nôtre, chargée de préavisier sur la philosophie de notre pays vis-à-vis du reste du monde, se doit de prendre en compte le caractère vital de notre aide et la constance qui s'impose en la matière.

Il se peut que nous soyons appelés à prolonger cette période, ce que je ne souhaite pas, mais au moins nous aurons joué notre rôle en reconnaissant ces deux caractéristiques de notre aide.

Schaller: Noch einmal ein Wort zu den Bundesfinanzen und der Art und Weise, wie zu sparen versucht wird. Wir hatten bisher verschiedene Budgetrunden, aber erst eine Runde auf der Stufe der Verwaltung. Dabei war unser Departement voll miteinbezogen. Es wurde bei der EZA und bei der humanitären Hilfe ein nicht sehr grosser Abstrich von 15 Millionen Franken gemacht. Nachdem das Papier vom EFD bereinigt war, kam es zu einer zweiten Budgetrunde, bei der der Bundesrat bereits über die Zahlen gegangen war. Unser Departement wurde hier bei der Kürzung der Europäischen Weltraumzusammenarbeit (ESA) zur Kasse gebeten. Dieses Budget ging in die Beratung der Finanzkommissionen mit dem Ihnen bekannten Resultat: der Nationalrat mit dem Wunsch, um rund 1,5 Milliarden Franken massiv zu kürzen, der Ständerat weniger kategorisch um etwa 500 Millionen.

Danach fand eine neue Budgetkürzungsrunde statt. Wir haben departementsintern und auf Beamtenebene in Absprache mit dem EFD darüber nachgedacht, wo man allenfalls kürzen könne. Wir

haben auch Vorgaben ausgearbeitet, die pro Bereich der Ausgaben galten, und kamen bei 500 Millionen Franken Sparziel für den auswärtigen Bereich auf 125 Millionen. Danach gab es ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Herrn Bundesrat Stich und Herrn Bundesrat Felber, und dabei kam es auf Vorschlag des ersteren zur Verschiebung der Eintrittszahlung an die International Development Agency (IDA) in der Grössenordnung von 101 Millionen Franken. Es geht also hier nicht um eine eigentliche Kürzung, sondern um eine Rückstellung von ein, zwei Jahren, freilich mit der Konsequenz von Zinszahlungen. Dann kam es noch einmal bei der ESA zu einer rechten Reduktion von 2 Millionen Franken. Bei der Darlehensgewährung an die Bauten in Genf wurden etwa 10 Millionen Franken zurückgestellt, und schliesslich hat das BAWI bei einer Anzahl von Budgetposten für das nächste Jahr Kürzungen in Höhe von 8,75 Millionen Franken zugestanden. Beim Entwicklungsfonds der EFTA zugunsten von Jugoslawien wurde halbiert, was wegen der jetzigen Situation verantwortbar schien. Die Beteiligung an der Europäischen Bank für Wiederaufbau in Entwicklung wurde ebenfalls gekürzt und schliesslich auch bei der Rubrik Zahlungsbilanzhilfe.

Dies alles hat zu Kürzungen von insgesamt 487 Millionen Franken geführt. Die Reaktionen der einzelnen Kommissionen sind Ihnen bekannt. Die departementsweise Detailberatung in den Finanzkommissionen bei den Sektionen läuft jetzt an. Heute morgen bei der Diskussion in der nationalrätlichen EDA-Sektion wurde in Sachen Kürzung, sei es zur Osthilfe, sei es zur EZA und zur humanitäre Hilfe, kein Wort gesagt. Zwar wurden viele kritische Fragen gestellt, jedoch nur zu den laufenden Geschäften und zur Aufteilung der Budgetposten usw.

Noch eine Bemerkung zu den Finanzplanzahlen für die nächsten drei Jahre: Auch hier soll heruntergeschraubt werden. Der Kampf zwischen den einzelnen Departementen und dem EFD wurde so intensiv geführt, dass zuletzt folgende Lösung herauschaute: Die Kürzungsvorschläge des EFD werden jeweils, und zwar durchgehend, zu drei Vierteln akzeptiert. Es wurde also nicht mehr über die einzelnen Posten gesprochen, sondern eine lineare Kürzung angenommen. Auch hier waren Osteuropahilfe oder EZA und humanitäre Hilfe *nicht* betroffen.

Ein Wort noch zum Sanierungsprogramm: Hier geht es um Massnahmen auf Verfassungsebene und Gesetzesstufe, und auch dort sind unsere beiden Domänen nicht vertreten.

Ob das Sparprogramm, das vom EFD angekündigt ist und aus dem eine Grössenordnung von 2 Milliarden Franken resultieren soll, unsere Bereiche betrifft, kann ich nicht sagen. Bisher fanden keine Kontakte zu dem EFD statt, und wir warten, wie alle anderen Departemente auch, auf das Papier des EFD.

Botschafter Staehelin: Es gäbe ein international und wohl auch innerschweizerisch ungünstiges Zeichen, wenn Ihre Kommission in diesem Stadium die Bereitstellung der humanitären Hilfe für Verpflichtungen über die nächsten vier Jahre mindestens kürzen möchte. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte in der Debatte im Plenum Ihr Sprecher daran erinnern, dass die Budgetentscheide einen Rahmenkredit verlängern können, dass also dieses *mindestens* hervorgehoben wird.

Präsident: Ich stimme dieser, schon von Herrn Auer und Herrn Petitpierre angeregten Lösung zu und bin bereit, im Plenum

entsprechend zu berichten, vorausgesetzt, dass dies der Wille der Kommission ist.

Frau Segmüller: Endlich ist durch die Ausführungen von Herrn Schaller das herausgekommen, was ich wissen wollte. Es macht doch einen Unterschied für uns, ob bereits zwei Streichungsrunden gekürzt haben oder ob die Bereiche auch vom EFD als sakrosant betrachtet werden. Nun weiss ich für meine Person und für meine Fraktion, dass wir auf dem Rahmenkredit vollumfänglich bestehen können.

Rychen: Ich stelle den Antrag, diesem Rahmenkredit zuzustimmen, stelle aber noch einen zweiten Antrag, dass die Kommission anlässlich der Budgetberatung beantragt, für die humanitäre Hilfe 1992 220 Millionen Franken einzusetzen.

Frau Bäumlín: In der Aufstellung auf Seite 68 der Botschaft finden sich bereits "vorgesehene Aufgaben 1992". Gilt dies bis 1. März 1992 oder so lange, wie noch etwas von dem Kredit von 530 Millionen Franken übrig ist? Was hat dies für einen Einfluss auf das Budget 1992, das wir beschliessen werden?

Frau Schelling: Das ist der Rest, der noch aus dem Verpflichtungskredit bleibt, also das, was noch zu Lasten des alten Rahmenkredits verpflichtet werden kann und dann entsprechende Ausgaben nach sich zieht. Es hat keinen Einfluss auf das Budget 1992, das Sie beschliessen werden.

Botschafter Staehelin (zu Herrn Rychen): Es muss bei Ihrem zweiten Antrag klar sein, welche Budgetrubriken Sie meinen. Denken Sie an den Gesamtbetrag für humanitäre Hilfe, der in der Zusammenfassung des Budgets auf Seite 425 steht, dann sind das 241 Millionen Franken. An diesen 241 Millionen hat der Bundesrat mit Entschlossenheit festgehalten. Von diesem Betrag beruhen 55 Millionen Franken auf dem Beitrag an das Budget des IKRK-Sitzes Genf. Diese sind fest verpflichtet. Wenn Sie jetzt 20 Millionen Franken heruntergehen wollen, dann wird dies schwerwiegende Konsequenzen für unsere Möglichkeiten haben, Beiträge an die Feldaktionen des IKRK und des HCR, an die Programme des SRK abzuführen. Es wäre ein Zeichen, das ich ausserordentlich bedauern würde und das der Bundesrat sicherlich entschlossen bekämpfen wird.

Schaller: In der Budgetzahl von 241 Millionen Franken sind zusätzlich zu den erwähnten 55 Millionen für das IKRK 19,9 Millionen Franken, die gemäss Bundesratsbeschluss vom März dieses Jahres zur Finanzierung von "Umweltprogrammen und Umweltprojekten von globaler Bedeutung in Entwicklungsländern" Umweltprogramme betreffen. Warum dieser Posten bei der humanitären Hilfe aufgeführt ist, weiss ich nicht.

Rychen: Aufgrund dieser Auskunft bin ich nicht mehr in der Lage, einem solchen Kredit zuzustimmen. Ich weiss nun überhaupt nicht mehr, was stimmt.

Schaller: Ich wollte lediglich klarstellen, dass unter diesen 241 Millionen Franken fast 20 Millionen figurieren, die mit der eigentlichen humanitären Hilfe nichts zu tun haben. Es ist offensichtlich eine budgettechnische Angelegenheit. Die

humanitäre Hilfe beläuft sich demnach eigentlich auf rund 220 Millionen Franken.

Frey Walter: Wurden vom Bundesrat internationale Versprechungen gemacht oder nicht? Und kann Herr Raedersdorf auch mit 880 Millionen Franken seinen humanitären Ausgaben nachkommen?

Botschafter Staehelin: Der Bundesrat ist keine Verpflichtungen eingegangen, aber er hat seine Absicht erklärt, und davon sind wir in dieser Planung ausgegangen. 880 Millionen Franken sind sicher nicht ausreichend. Und wenn Sie hier beschliessen wollen, wie der Budgetentscheid im nächsten Jahr aussehen soll, dann liegt eine Verwechslung der Verantwortungen in der Kommission vor. Sie müssen hier die Instrumente für die Aussenpolitik bereitstellen und in der Budgetdebatte im Nationalrat in ihrer Eigenschaft als Nationalräte zum Budget Stellung nehmen.

Raedersdorf: Wenn der Rahmenkredit reduziert wird, müssen wir bei allen Hilfswerken und bei den internationalen Organisationen entsprechend kürzen. Denn natürlich rechnen diese Hilfswerke aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung mit Beträgen, und es wird sicher zu enormen Reaktionen von ihrer Seite kommen.

Frey Walter: Haben Sie das Geld bereits verplant?

Raedersdorf: Vor der Budgetentscheidung dürfen wir das gar nicht.

Frey Walter: Nehmen die Hilfswerke an, dass die 1050 Millionen Franken feststehen?

Raedersdorf: Natürlich haben die Hilfswerke von diesem Betrag längst gehört. Er ist der Öffentlichkeit schliesslich bekanntgegeben worden.

Die Kommission beschliesst ohne Gegenantrag Eintreten auf die Vorlage.

Detailberatung - Discussion par articles

Titel und Ingress

Angenommen - Adopté

Art. 1 Abs. 1

Hier liegt der Antrag Frey auf einen Rahmenkredit von 880 Millionen Franken vor.

Mühlemann: Wird der Präsident der Kommission ganz klar sagen, dass im Budget des nächsten Jahres keine 241 Millionen, sondern nur 218 Millionen Franken für humanitäre Fragen eingesetzt sind?

Präsident: Aufgrund der Ausführungen hier kann ich das klar sagen.

Frey Walter: In diesem Fall ziehe ich meinen Antrag zurück.

Angenommen - Adopté

Art. 1 Abs. 2 und 3

Angenommen - Adopté

Art. 2

Hier liegen zwei Anträge vor, von Frau Bäumlín eine Ergänzung zu Artikel 2 Absatz 1 um den Buchstaben e (neu) und von Herrn Frey bezüglich der Lieferung von Fleisch.

Botschafter Staehelin: Der Ständerat hat Artikel 2 Absatz 1 a bis d tel quel gutgeheissen und einen Absatz 2 hinzugefügt, in dem vorgeschrieben wird, dass ein Viertel der Nahrungsmittelhilfe aus Milchprodukten und Getreide oder Getreideprodukten bestehen soll. Dies war das Anliegen des Vorstosses, der in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates gemacht wurde.

Herr Frey möchte darüber hinaus Fleisch in Absatz 1 d als mögliche Lieferung erwähnt wissen. Theoretisch sind Lieferungen von Fleisch durchaus möglich. Nach unseren Erfahrungen jedoch haben sie sich in praktischen Situationen der Nothilfe als nicht kosteneffizient und damit als ungeeignet erwiesen. Es geht in erster Linie immer darum, Grundnahrungsmittel zu liefern, die nicht leicht verderben, die gut gebraucht werden und die kostengünstig sind. Internationale Aktionen, wenn es sich zum Beispiel darum handelt, die Reformen in Osteuropa trotz der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Runden zu bringen, sind dagegen keine Nahrungsmittelhilfe, sondern Lieferungen von notwendigen Grundgütern, um eine bestimmte Volkswirtschaft in Gang zu halten. Zwar ist es möglich, die Fleischwaren zu erwähnen, aber ich würde es nicht gern ins Programm aufnehmen. Es würde Erwartungen wecken, die wir sehr wahrscheinlich nicht erfüllen können.

Frey Walter: So wie der Artikel jetzt abgefasst ist, kann man praktisch ausser Getreide- und Milchprodukten nichts anderes verwenden. Auch sind die Fleischpreise in der Schweiz durchaus konkurrenzfähig.

Frau Segmüller: Fleisch kann sehr wohl unter "andere Nahrungsmittelhilfe" subsumiert werden. Deshalb erschiene es als disproportioniert, wegen dieses Wortes eine Differenz zum Ständerat zu schaffen.

Frey Walter: Wird in den Materialien vermerkt, dass man unter "anderer Nahrungsmittelhilfe" auch Fleischwaren verstehen kann?

Botschafter Staehelin: Hier gehören Öl, Fett, auch Hülsenfrüchte dazu. Theoretisch besteht hier keine Eingrenzung. "Namentlich" bedeutet hier "wichtig". Vom Volumen her weitaus das wichtigste sind Getreide oder Getreideprodukte. Wir kaufen sie in den nachbarschaftlichen Regionen ein, damit sie angepasst sind und rasch ankommen.

Radersdorf: Zum Beispiel haben wir den Kurdenflüchtlingen im Iran nach dem Golfkrieg Büchsen mit Fleisch geliefert, weil dies dort möglich war. Getreide und Getreideprodukte sind deshalb hier erwähnt, weil sie die Grundnahrungsmittel bilden. Alles andere ist unter "andere Nahrungsmittelhilfe" abgebucht.

Frau Bär ersucht Herrn Frey, sich an die Verhandlungsregeln in der Kommission und damit an die Rednerliste zu halten.

M. Petitpierre: La solution de Mme Segmüller est valable, mais je reviens sur les propos du président : il faut garder la lettre d). En effet, l'alinéa 2 exclut la viande. Les deux textes, allemand et français, semblent stipuler que les produits laitiers soient exclusivement suisses. Est-ce vrai?

Raedersdorff: Es ist nur für die schweizerischen Milchprodukte vorgeschrieben. Deshalb nicht "und" sondern "sowie".

M. Petitpierre: Donc, il faudra que le président dise clairement en plénum que la viande est stipulée dans la lettre d) et que l'article 2, alinéa 2 ne prévoit pas nécessairement que le quart soit exclusivement constitué de produits laitiers.

Botschafter Staehelin: Wenn dies so erklärt würde, dann würde es gegen die Stellungnahme des Bundesrates und seine Erklärung zu diesem Absatz 2 verstossen. Der Bundesrat hat seine Absicht deutlich gemacht, die geplanten Aufwendungen für Milch über die kommenden vier Jahre auf jeden Fall zu verwirklichen. Ein Viertel umfasst 2 Prozent mehr als das, was auf Seite 73 der Botschaft für Milchprodukte vorgesehen ist, weil dort auch ein Teil der Reserve in diesem Viertel eingeschlossen ist. Es ist nicht die Absicht des Bundesrates, nur ganz wenig Milchhilfe zu leisten und den Rest mit Getreide zu machen.

Herr Frey zieht seinen Antrag zurück.

Frau Bäumlin: Mein Antrag beruht auf dem Schlussbericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe Folgearbeiten zur UNO-Weltraumkonferenz 1988 in Nairobi. Dort hat das DEH zugesichert, dass Frauenanliegen in der Entwicklungshilfe ernstgenommen werden. Mein Antrag ist eine Ausweitung auf die humanitäre Hilfe. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Struktur Anpassungsmassnahmen, die abgefedert werden müssen, und der humanitären Hilfe. So steht es in der Botschaft und so wurde es hier auch bekräftigt.

Es gibt in der EZA und bei den Beschäftigungsprogrammen die sogenannte "Unsichtbarkeit" von Frauen. Schon in den Statistiken zur Arbeitslosigkeit erscheinen die Frauen nicht und werden dann bei den Hilfs- und Beschäftigungsprogrammen nicht mehr berücksichtigt. Hier sollte die humanitäre Hilfe eingreifen und Frauenprojekte fördern.

Frau Segmüller: Die EZA und die humanitäre Hilfe kommen in erster Linie den Schwächsten zugute, und das sind die Kinder, insbesondere Kleinkinder und deren Mütter einerseits und andererseits die Alten. Die humanitäre Hilfe wäre falsch

definiert, wenn sie der Nachhilfe einer speziellen Erwähnung von Frauen noch bedürfte.

M. Petitpierre: Si j'ai bien compris, Mme Bäumlín veut dire, par sa proposition, que cette clause n'étant pas incluse dans la loi, il faut corriger la loi. Mme Bäumlín veut corriger une loi soumise à référendum par un arrêté fédéral simple qui ne l'est pas.

Une telle démarche ne convient pas pour deux raisons : primo, la prise en considération des femmes s'inscrit parfaitement dans la loi sur l'aide humanitaire et la coopération technique. Il faut que le rapporteur le dise. Secundo, je suis d'accord sur le fond, mais pas sur la procédure envisagée.

Je ne suis pas d'accord avec Mme Bäumlín pour penser que les femmes ne sont pas prévues dans le système de l'aide humanitaire actuelle. C'est un accent qu'il faudra mettre sur le fond en plénum.

Grassi: Ich möchte nicht so weit gehen, Frau Bäumlíns Gedanken, den ich unterstütze, in den Bundesbeschluss aufzunehmen. Es würde die gesamte Realität in den Entwicklungsländern verkennen. Die Frauen spielen dort ohnehin die treibende Rolle. Wir können das Schwergewicht einer Hilfe für die Gemeinschaft nicht auf eine besondere Komponente dieser Gemeinschaft verlagern.

Frau Bär: Die Realität sieht eher so aus, dass die Frauen die grössten Lasten tragen, am meisten arbeiten, am wenigsten verdienen und den kleinsten Anteil am Vermögen besitzen. Sie werden zusammen mit ihren Kindern von Kriegen und Katastrophen am schlimmsten betroffen.

Eigentlich beginnt, wie uns der Bundesrat und Herr Botschafter Staehelin gesagt haben, die EZA über die Frauen. Das gilt für das Gesundheitswesen ebenso wie für die Ausbildung. Wo man Verbesserungen einführen will, muss man bei ihnen und ihren Kindern beginnen.

Wenn die sozialen Kosten der Strukturanpassung von IWF und Weltbank abgedeckt werden müssen, dann betrifft das wiederum die Frauen und Kinder. Würde der Präsident zuhanden der Materialien sagen, dass dort schwergewichtig an solche Projekte gedacht werden muss, wäre unserem Anliegen wohl Rechnung getragen.

Präsident: Ich bin bereit, dies in mein Votum einzubauen.

Frau Bäumlín: Die Schrumpfung der Arbeitsmöglichkeiten sowohl im informellen als auch im formellen Sektor bedeutet, dass die Männer in den informellen Sektor ausweichen. Genau dort lägen aber die Möglichkeiten, Frauenprojekte gezielt zu unterstützen. Mein Antrag stellt das Entwicklungshilfegesetz nicht auf den Kopf. Eher würde ich den Umstand bedenken, keine Differenz zum Ständerat herzustellen.

Botschafter Staehelin: Das Anliegen, das dem Vorschlag von Frau Nationalrat Bäumlín zugrunde liegt, wird vom Bundesrat und von der Verwaltung voll geteilt. Ich teile aber auch die grundsätzlichen gesetzesmässigen Bedenken von Herrn Nationalrat Petitpierre. Die oberste Priorität beim Einsatz der Mittel (und im Artikel 2 sind Mittel aufgeführt) liegt bei

den Bedürfnissen der Bedürftigen. Kinder, Frauen, besonders verletzte Glieder der menschlichen Gesellschaft, sind spezielle Zielgruppe. Die Sorge über die Folgen der Struktur- anpassungen auf die Frauen ist sehr ernstzunehmen. Unsere Zielgruppenorientiertheit wird sich stark zugunsten von Frauen und Kindern auswirken.

Diese Ausrichtung ist auch äusserst wichtig für die Bewältigung des Problems, das das Bevölkerungswachstum darstellt. Nur gesunde Frauen und gesunde Kinder führen dazu, dass dieses Wachstum abflacht. Diese Problematik ist ganz zentral. Trotzdem wäre es verfehlt, wenn sie in der beantragten Form in den Bundesbeschluss aufgenommen wird, denn er zählt die Mittel auf.

M. Petitpierre: Si le président de la commission, le rapporteur de langue française et le Conseiller fédéral disent cela, je pense que nous serons tous d'accord.

Präsident: Diesem Wunsch können wir entsprechen und den Bundesrat darauf aufmerksam machen, dass er eine Erklärung dazu abgibt.

Frau Bäumlín: Frauenprojekte sind für mich keine Zielgruppenangelegenheit, sondern ein Mittel. Aber ich ziehe den Antrag zurück.

Angenommen - Adopté

Art. 3

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für die Annahme der Vorlage	15 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

Als Berichterstatter französischer Zunge wird Herr Rohrbasser bestimmt.

Die Vorlage soll durch den Präsidenten, Herrn Bundi, vertreten werden.

Schluss der Sitzung 20.15 Uhr

Nationalrat

Kommission für auswärtige Angelegenheiten

Sitzung vom 11. November 1991

91.041 s Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung

Bundesbeschluss über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft

Antrag Bäumlín Ursula

Art. 2, Abs. 1, Bst e (neu)

e) die gezielte Unterstützung von Frauenprojekten

Eventualantrag

Art. 2, Abs. 3 (neu)

3. Die internationale humanitäre Hilfe der Eidgenossenschaft beachtet strukturell und finanziell besonders die Bedürfnisse der Frauen, Kinder und Jugendlichen.

Conseil national

Commission des affaires étrangères

Séance du 11 novembre 1991

91.041 é Aide humanitaire internationale. Continuation

Arrêté fédéral concernant la continuation de l'aide humanitaire internationale de la Confédération

Proposition Bäumlín Ursula

Art. 2, al. 1, lit. e (nouveau)

e) le soutien ponctuel à des projets en faveur des femmes.

Proposition eventuelle

Art. 2, al. 3 (nouveau)

3. L'aide humanitaire internationale de la Confédération prend en considération du point de vue structurel et financier en particulier les besoins des femmes, des enfants et des jeunes.

Nationalrat

Kommission für auswärtige Angelegenheiten

Sitzung vom 11. November 1991

91.041 s Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung

Bundesbeschluss über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft

Antrag Frey Walter

Art. 1 Absatz 1

..... Rahmenkredit von 880 Millionen Franken bewilligt.

Art. 2 d

..... ,namentlich in der Form von Fleischwaren, Getreide oder Getreideprodukten

Conseil national

Commission des affaires étrangères

91.041 é Aide humanitaire internationale. Continuation

Arrêté fédéral concernant la continuation de l'aide humanitaire internationale de la Confédération

Proposition Frey Walter

Art. premier al. 1

Un crédit de programme de 880 millions de francs et ouvert.

Art. 2 d

....., notamment sous forme de produits carnés, de céréales ou de produits céréaliers.

Pressemitteilung

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates tagte am 11. und 12. November 1991 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Bundi (S/GR) und im Beisein von Bundesrat Felber.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Beratung der Vorlagen 91.041 (Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung) und 91.057 (Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten. Weiterführung).

1. Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung

Die einstimmige Kommission wird ihrem Rat beantragen, dem Bundesbeschluss über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft zuzustimmen. Der Rahmenkredit umfasst 1050 Millionen Franken und wird für eine Mindestdauer von vier Jahren ab 1. März 1992 gewährt. Dem Kommissionsbeschluss ging eine lange Diskussion über die Lage der Bundesfinanzen im Zusammenhang mit der Aufstockung gegenüber dem vorangehenden Rahmenkredit voraus. Der Bedarf an diesen Mitteln wurde insbesondere begründet mit den weltweit zunehmenden natürlichen und von Menschen verursachten Katastrophen sowie durch die Zunahme lokaler und regionaler bewaffneter Konflikte.

2. Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten. Weiterführung

Die einstimmige Kommission wird ihrem Rat ebenfalls beantragen, dem Bundesbeschluss über den Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten zuzustimmen. Der beantragte Rahmenkredit umfasst 800 Millionen Franken für eine Mindestdauer von drei Jahren. Das erste von der Schweiz zur Verfügung gestellte Hilfspaket im Umfang von 250 Millionen Franken ist bereits voll verpflichtet. Die bisher von der Schweiz geleistete Hilfe ist in den Empfängerländern auf grosse Anerkennung gestossen. Der Kreis der Empfängerländer ist gegenüber dem ersten Hilfspaket stark ausgeweitet worden. Die Schwierigkeiten des Reformprozesses in einzelnen Bereichen werden jetzt erst recht deutlich. Es liegt im Interesse des Westens, dass der Reformprozess weitergeht und es nicht zu Rückfällen in die Diktatur kommt. Die Osteuropahilfe wird im Umfang des Rahmenkredites nur unter den Bedingungen geleistet, dass die Prinzipien des Rechtsstaates, der Menschenrechte, des Pluralismus und der freien Marktwirtschaft gewährleistet werden. Ein Antrag auf Kürzung des Rahmenkredites um 100 Millionen Franken unterlag deutlich in der Kommission.

3. EWR-Verhandlungsergebnis

Die Kommission wurde über das EWR-Verhandlungsergebnis vom 21.10.1991 in Luxemburg orientiert und nahm eine erste Würdigung vor. Die Kommission begrüsst es, dass der Bundesrat eine klare Entscheidung in der Europafrage getroffen hat. Die EWR-Botschaft und der angekündigte Bericht des Bundesrates über den Beitritt der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften werden ab Januar 1992 erscheinen. Die Kommission nahm auch mit Genugtuung davon Kenntnis, dass gegenwärtig ein neues und umfassendes Europa-Informationskonzept durch den Bundesrat ausgearbeitet wird.

Der Kommission lag auch ein Bericht von Nationalrätin Bär über ihre Wahlbeobachtermission in Bulgarien vom 13. Oktober 1991 vor.

3003 Bern, den 13.11.1991

Parlamentsdienste
Fachdienst II

COMMUNIQUE DE PRESSE

La Commission des affaires étrangères du Conseil national s'est réunie les 11 et 12 novembre 1991 à Berne, sous la présidence de M. Martin Bundi (S/GR) et en présence de M. le Conseiller fédéral Felber.

La commission avait mis principalement à son ordre du jour l'examen de deux messages du Conseil fédéral:

91.041 (Aide humanitaire internationale. Continuation) et
91.057 (Coopération avec des Etats d'Europe de l'Est. Continuation).

1. Aide humanitaire internationale. Continuation

La commission a décidé à l'unanimité de proposer au Conseil national d'approuver l'arrêté fédéral concernant la continuation de l'aide humanitaire internationale de la Confédération. Le crédit de programme est de 1050 millions de francs et couvre une période minimale de quatre ans dès le 1er mars 1992. La décision de la commission a abouti après une longue discussion sur l'état des finances fédérales par rapport à l'augmentation du crédit de programme précédent. La nécessité de tels moyens se justifie par le nombre croissant de catastrophes naturelles ou causées par l'homme de par le monde, de même que par l'augmentation de conflits armés locaux et régionaux.

2. Coopération avec des Etats de l'Europe de l'Est. Continuation

La commission unanime a décidé également de proposer au plénum d'adopter l'arrêté fédéral concernant un crédit de programme pour la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale. Le crédit de programme se monte à 800 millions de francs pour une période minimale de trois ans. Le premier crédit de programme de 250 millions est déjà totalement épuisé et l'aide fournie par la Suisse jusqu'à ce jour a suscité une grande reconnaissance de la part des pays bénéficiaires. Le cercle des pays bénéficiaires a été largement étendu par rapport à celui prévu dans le premier crédit de programme. Les difficultés du processus de réforme dans divers domaines n'apparaissent clairement qu'aujourd'hui. Il est dans l'intérêt de l'Occident que le processus de réforme se poursuive pour éviter le retour à un régime dictatorial. L'aide à l'Europe de l'Est ne sera fournie que dans la mesure où les principes de l'Etat de droit, les droits de l'homme, le pluralisme et l'économie de marché seront garantis. Une proposition a été faite au sein de la commission de réduire de 100 millions le montant du crédit de programme. Celle-ci a été nettement rejetée.

3. Résultats des négociations relatives au TEEE

La commission a été informée sur les résultats du 21 octobre 1991 des négociations relatives au TEEE et a procédé à une première appréciation de ceux-ci. La commission s'est félicitée de la décision claire prise par le Conseil fédéral au sujet de l'Europe. Le message du Conseil fédéral relatif au traité sur l'Espace économique européen ainsi que le rapport sur l'adhésion de la

Suisse aux Communautés européennes seront publiés dès janvier 1992. La commission a aussi pris connaissance avec satisfaction du fait que le Conseil fédéral prépare actuellement un nouveau concept d'informations sur l'Europe. La commission a pris acte également du rapport de la conseillère nationale Bär sur sa participation à la mission d'observateurs des élections en Bulgarie le 13 octobre 1991.

3003 Berne, le 13 novembre 1991

Services du Parlement
Service de commission II

Verteiler

Datum: 21.11.91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
	DZ
✓	Komm. NR
✓	Komm. SR Masoni
✓	Frakt. R / V
	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 12. 11. 1991

NATIONALRAT**Kommission für auswärtige Angelegenheiten**

- TEILPROTOKOLL 1** der Sitzung vom 12. November 1991,
8.00 - 13.45 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3
- TAGESORDNUNG** 2. 91.057 n Zusammenarbeit mit den osteuropäischen
Staaten. Weiterführung

(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)
- ORDRE DU JOUR** 2. 91.057 n Coopération avec les Etats d'Europe de l'Est.
Continuation

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-verbal
principal)
- TEILNEHMER** Präsidium: Herr Bundi

Anwesende Mitglieder: Herr Auer, Frau Bär, Frau Bäumlín,
HH. Bircher Silvio, Blatter (ersetzt Herrn Dietrich), Burck-
hardt, Cevey, Grassi, Frau Grendelmeier, HH. Mühlemann,
Petitpierre, Revaclier, Rohrbasser, Rychen, Frau Segmüller

Entschuldigt: HH. Dietrich, Euler, Frey Walter, Loretan,
Portmann, Wyss Paul, Zbinden Paul, Ziegler

Weitere Teilnehmer:
Bundesrat Felber, Vorsteher EDA
Botschafter Jenö Staehelin, EDA
Botschafter Arioli, BAWI/EVD
Herr Schaller, Generalsekretär EDA
Herr Escher, BAWI/EVD
Herr Orga, EDA
Herr Canonica, EDA
Herr Knobel, EDA

Kommissionssekretariat: Herr Aebi

Protokoll: Frau Strasser

M. Felber, conseiller fédéral: A la suite de chaque grand conflit de l'histoire, il s'agissait d'établir un nouvel ordre mondial et, après la signature des armistices, il fallait redresser ce qui avait été détruit pendant la guerre. La guerre froide n'a pas été une guerre comme les autres, elle n'a pas entraîné de destructions matérielles spectaculaires, elle n'a pas détruit de villes, ni de voies de communication; pourtant les ravages de la guerre froide sont beaucoup plus profonds encore, même si on ne les perçoit pas au premier coup d'oeil. Ce que nous découvrons aujourd'hui est plus grave que ce que nous avons imaginé il y a deux ans. Cela signifie que l'engagement de l'Europe en faveur des pays de l'Est sera encore de longue durée. L'idéologie peut faire autant de victimes que le champ de bataille, l'économie d'un pays peut souffrir davantage et plus longtemps d'une mauvaise politique que d'un bombardement. Les prestations financières ne suffisent pas, nous devons entreprendre un travail de restauration, un travail d'apprentissage de la démocratie, nous devons engager des réformes structurelles fondamentales sur le plan économique, et nous devons veiller en même temps à ce que ces réformes et ces restaurations ne pèsent pas d'un poids économique tel qu'il soit socialement insupportable.

Aujourd'hui, la préoccupation majeure de nous tous est la suivante: pendant combien de temps les populations de ces pays pourront-elles supporter cette avance lente vers de nouvelles structures? Il est difficile de dire à ces peuples qu'il faut être patient pendant 25 ans ou davantage. Ils voient la prospérité de l'Europe occidentale, la liberté dont nous jouissons et le bien-être matériel auquel chacun de ces pays aspire. Les conséquences de cette attraction sont:

- le mécontentement de la population des pays d'Europe centrale et orientale avec leurs propres conditions de vie,
- la frustration qui risque de se traduire en protestation contre les gouvernements qui ne peuvent offrir de solutions rapides aux énormes problèmes qu'ils doivent affronter.

Ces espoirs déçus provoquent des tensions sociales et des conflits, des conflits que nous voyons émerger en particulier entre les diverses minorités ethniques. Il est nécessaire d'entreprendre des mesures pour protéger ces minorités. Ces conflits peuvent provoquer des mouvements migratoires incontrôlés vers l'Europe occidentale qui risquent d'entraîner des tensions chez nous. L'expérience allemande est très particulière, mais elle nous enseigne que ces problèmes exigent une réaction rapide et substantielle.

Le premier crédit de programme de 1990 se concentrait sur la Pologne, la Hongrie et la Tchécoslovaquie. Entre temps, d'autres pays sont venus s'ajouter au nombre des Etats indépendants et souverains. Malgré cette évolution, nous devons vivre avec une certaine instabilité dans ces régions. La Suisse seule ne saurait apporter des remèdes, elle agira le plus efficacement dans le cadre d'une vaste entreprise continentale. Dans cette nouvelle stratégie des relations intereuropéennes, la CE assume le rôle de premier plan de par sa force économique, la dynamique du processus d'intégration et les intérêts immédiats. Par des relations de coopération qu'elle a établi avec certains pays de la région, l'AELE peut,

via l'espace économique, constituer un relais vers l'intégration de ces pays en Europe. Le Conseil de l'Europe, auquel la Hongrie et la Tchécoslovaquie ont déjà adhéré, fournit une première garantie à la démocratie et aux respects des droits de l'homme qui sont indispensables à la stabilité. Nous allons accueillir également dans le cadre du Conseil de l'Europe la Pologne et, probablement, les Etats baltes qui ont déjà manifesté leur intention d'adhérer. La CSCE constitue le cadre pour la coopération dans le domaine de la sécurité au sens large, c'est un cadre qui introduit la coopération tant transatlantique que paneuropéenne. Il faut ajouter l'OCDE et les institutions financières (BERD, FMI, CEE/ONU, BRI). La Suisse a assumé et assumera ses responsabilités; le crédit de programme est destiné à la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale. Au-delà de la dimension morale et politique de notre engagement, de notre intérêt économique à long terme, il en va également de notre sécurité.

Organisation de notre coopération avec les pays d'Europe centrale et orientale: le premier crédit de 1990 se concentrait sur la Pologne, la Hongrie et la Tchécoslovaquie. Le deuxième crédit envisage une coopération avec l'ensemble de la région d'Europe centrale et orientale, donc également avec l'Albanie, la Bulgarie, la Yougoslavie - si elle retrouve une forme de vie normale - , la Roumanie, l'Estonie, la Lettonie, la Lituanie et l'URSS. Les territoires nationaux de la Yougoslavie et de l'URSS constituent toutefois des cas particuliers; une évaluation soigneuse des conditions politiques requises pour une éventuelle aide de notre part sera indispensable. Bien que la Suisse veuille accorder son soutien à l'ensemble de la région d'Europe centrale et orientale, il n'en demeure pas moins qu'il faudra examiner en permanence si les conditions politiques et économiques requises pour un soutien conforme aux objectifs existent. Une aide ne pourra être envisagée que si les principes suivants sont respectés: l'Etat de droit, le respect des droits de l'homme, le pluralisme politique, la mise en oeuvre de mesures concrètes pour l'introduction d'une économie de marché. Nous envisageons de concentrer nos actions en faveur de l'Europe centrale et orientale sur cinq domaines:

- 1) l'économie,
- 2) la politique,
- 3) le secteur social et le secteur de la santé,
- 4) l'environnement et l'énergie,
- 5) la culture, la science et la recherche.

Nous reprenons donc ce qui avait déjà été retenu dans le premier crédit et qui devrait ainsi permettre une continuation dans nos actions en faveur des pays bénéficiaires. Le choix des projets se fera en accord avec les gouvernements concernés. Nous envisageons d'établir avec chaque pays bénéficiaire des programmes spéciaux.

Nous utiliserons deux instruments pour réaliser les programmes et les projets financés par le nouveau crédit: la coopération technique et l'aide financière. Tandis que la réalisation de projets dans le domaine de la coopération technique incombe à la Direction politique du

Département fédéral des affaires étrangères, c'est l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du Département fédéral de l'économie publique qui est responsable des projets d'aide financière. La crise économique persistante dans les pays d'Europe centrale et orientale est due aux raisons suivantes: le ralentissement des activités économiques, suite au passage d'un système centralisé à une économie de marché, l'effondrement du marché du Comecon, l'unification allemande et la désintégration de l'Union soviétique. Il est important pour les pays donateurs et pour la Suisse en particulier de restaurer des relations économiques entre les pays d'Europe centrale; il faut retrouver ce type d'échange qui leur permettra davantage de s'intégrer à une économie de marché dans le continent. La crise dans les pays d'Europe centrale et orientale se manifeste surtout par une diminution de la production et un accroissement du chômage. Elle entraîne une détérioration du niveau de vie et cela risque d'avoir des conséquences politiques et sociales graves. Les problèmes doivent être traités par des mesures internes, ce sont les pays d'Europe centrale et orientale qui doivent créer eux-mêmes des conditions à une reprise économique. Ensuite, le secteur privé doit jouer un rôle primordial, notamment par la coopération entre les entreprises. En ce qui concerne l'assistance publique dans le domaine économique, elle vise trois buts:

- 1) éviter l'effondrement total des économies en transition (aide à la balance des paiements, réduction de l'endettement),
- 2) l'aide à l'aide personnelle (Hilfe zur Selbsthilfe),
- 3) instruments indispensables dans des domaines clés de l'économie, (garanties de crédits, aides financières).

Ces objectifs seront appliqués selon la situation particulière de chacun des 11 pays partenaires. Dans le cadre de la coopération technique, des personnes qualifiées sont mises à disposition. Elles doivent posséder les connaissances théoriques ou le savoir-faire pratique nécessaire pour contribuer à la solution des problèmes techniques auxquels sont confrontés les pays d'Europe centrale et orientale. Une grande importance sera accordée à la formation. Nos projets tenteront d'être aussi pragmatiques que possible et devront tenir compte des problèmes réels. L'objectif premier sera la formation des formateurs.

A côté de l'assistance financière et de la coopération technique, nous proposons également d'établir un nouvel instrument de coopération, c'est l'aide de bon voisinage. Cet instrument permettra de fournir une aide dans des situations critiques lorsqu'une aide humanitaire n'entre pas en ligne de compte. L'aide de bon voisinage devrait permettre d'atténuer les conséquences sociales douloureuses des réformes.

Le Conseil fédéral vous propose d'accorder un crédit de 800 millions de francs pour une période de trois ans. Pourquoi 800 millions? Le premier crédit n'était destiné qu'à la Pologne, la Hongrie et la Tchécoslovaquie; ce crédit a pratiquement été engagé en deux ans. Le deuxième crédit concernera l'ensemble des pays d'Europe centrale et orientale; c'est un renforcement significatif des moyens à disposition qui est donc nécessaire. Pour la fixation du montant proposé, nous avons tenu compte de la situation financière critique de

la Confédération et de nos possibilités techniques réelles. La situation en Europe centrale et orientale nous place face à une responsabilité commune. Si la Suisse veut rester fidèle à sa maxime de solidarité, elle doit s'engager fermement en faveur de l'Europe centrale et orientale. Nous ne pourrions pas, au cours des années qui suivront, nous engager dans tous les pays d'une manière identique; nous devons tenir compte de l'évolution qui s'y passe et de la traduction de cette évolution sur le plan des institutions démocratiques et de la restructuration de l'économie de ces pays. Mais nous sommes certains que notre contribution, coordonnée avec celle des autres pays du G-24, est nécessaire. Les témoignages que nous avons reçus des bénéficiaires du premier crédit sont significatifs à ce sujet: notre aide est appréciée, elle est concrète et pragmatique et ne consiste pas en discours.

Mühlemann: Die Botschaft ist eine wertvolle Grundlage, die genügend Auskunft gibt, um zu diesem Kredit ja zu sagen. Was zu wenig zum Ausdruck kommt, ist die differenzierte Betrachtung der politischen Lage. Auch hätte ich über die bisherigen Erfahrungen gerne etwas mehr gehört. Ich kann verstehen, dass man eine Aufgliederung in fünf Bereiche macht, aber für mich sind es eigentlich nur drei:

- 1) Geistige Hilfe im Bereich der Politik, der Kultur und der Wissenschaft,
- 2) Wirtschaftliche Unterstützung,
- 3) Verbesserungen der Rahmenbedingungen in den Bereichen Medizin, Soziales und Ökologie.

1) Was tut die Kultur? Wir haben relativ hohe Beträge im kulturellen Hilfssektor eingesetzt. Die Pro Helvetia hat in Osteuropa Aussenstellen errichtet. Welche Wirkung haben solche kulturellen Positionen? Liegt hier wirklich das Notwendigste?

2) Bei der Finanzhilfe ist es uns nie ganz wohl, weil wir nicht wissen, ob das Geschenke sind, die irgendwo versickern, z.B. in Polen. Was die Investitionen betrifft, sollten wir nicht so zurückhaltend sein. Die Schweiz ist m.E. nicht sehr geschickt im Erfassen von Marktnischen. Die Investitionsförderung ist besonders interessant; es ist deshalb wichtig, dass sie erfolgreich ist.

3) Welche Erfahrungen hat man im Bereich der Ökologie und der Medizin gemacht? Wir haben z.B. eine Sondermüllverbrennungsanlage in Esztergom/Ungarn besichtigt, die zwar sehr gut gebaut worden ist, deren Unterhalt aber zu wünschen übrig lässt. Hier hat die Schweiz eine Verantwortung. Was die Spitäler betrifft, frage ich mich, ob es eine sinnvolle Methode ist, bei uns nicht mehr brauchbare Apparate an den Osten abzugeben.

Personelle Situation: Wer ist eigentlich Anlaufstation? Es haben sich bereits einige Berater und Betreuer herauskristallisiert. Ich möchte wissen, wie nützlich sie sind. Ausserdem hätte ich gerne gewusst, wen wir als Experten in Osteuropa haben.

Medien: Mir fehlt die medienmässige Auswertung. Unsere Medien sollten etwas mehr Interesse zeigen, um unsere Projekte vorzustellen; so würde die Bevölkerung auch mehr Verständnis für die Situation in Osteuropa aufbringen können.

Bircher, Silvio: Die westeuropäische Integrationsfrage wird bald nicht mehr von der osteuropäischen Hilfsfrage zu trennen sein. Dies wird in der Botschaft sehr gut angedeutet mit der Aufführung der Organisationen, die sich mit der Ost- und Mitteleuropahilfe befassen. Ich finde es gefährlich zuzuwarten, bis die politischen Strukturen sich demokratisiert haben und erst dann wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Wenn man diese Länder zu lange in einer wirtschaftlichen Notlage lässt, bekommen die reaktionären Kräfte wieder Auftrieb. Ist die Ausweitung des zweiten Rahmenkredits ein Konzept der G-24? Warum konzentriert man sich nicht auf weniger Partnerstaaten? Je mehr Länder es sind, je schwieriger wird es, effizient zu sein. Hat man mit den privaten Firmen gute Erfahrungen gemacht? Warum beauftragt man nicht die Universitäten? Wie spielt sich die Finanzhilfe genau ab? Wieviel wird effektiv ausgegeben? Wieviel kommt wieder zurück? Gibt es Staaten, die sich vor der Osteuropahilfe drücken?

Rychen: Ich finde die Ausweitung des zweiten Rahmenkredits problematisch; man gewinnt den Eindruck, die Schweiz wolle überall dabeisein. Es wäre besser, weniger Länder auszuwählen und intensiver zu wirken. Was Jugoslawien betrifft, bin ich nicht bereit, dort finanzielle oder technische Hilfe zu leisten. Auch in Bezug auf Rumänien habe ich Vorbehalte, ich bin mir nicht sicher, wieweit Hilfe dort den richtigen Leuten zugutekommt und würde dieses Land aus der Liste streichen. Bei Albanien sind die Auskünfte für mich unklar. Auch bei der Sowjetunion habe ich Bedenken und würde mit der Strukturhilfe zuwarten. Diese vier Länder sind für mich Problemfälle, und es ist fraglich, ob man sie zum jetzigen Zeitpunkt in die Botschaft einbeziehen kann. Man sollte das Schwergewicht auf Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten legen. Was Bulgarien betrifft, hat die Demokratie jetzt eine Chance verdient, und man sollte auch dieses Land fördern.

Könnte man den Rahmenkredit - angesichts der finanzpolitischen Lage - nicht um 100 Millionen Franken kürzen, wenn man die Schwerpunkte anders setzen würde?

Wie steht es mit Schweden, Finnland und Österreich? Was tun diese Länder? Gibt es hier Vergleichszahlen?

Präsident: Die Kommission hat an der letzten Sitzung die Auffassung vertreten, dass eine Hilfe an die Sowjetunion nicht im Investitionsbereich, sondern nur im immateriellen Bereich erfolgen sollte. Diese Auffassung wird auch von Seiten des Bundesrates geteilt.

Blatter: Es heisst, der Starke soll dem Schwachen helfen. Angesichts der angespannten Finanzlage frage ich mich jedoch, ob alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes so denken. Sind wir noch so stark, dass wir diese Hilfe finanzieren können? Die Schweiz ist nach wie vor eines der reichsten Länder, trotzdem haben wir eine innenpolitische Verantwortung

und müssen ein Zeichen setzen. Genügt es, Wirtschaftshilfe zu leisten? Wie steht es mit den Vertretungen und Beziehungen im Ausland? Wir haben einerseits den Abbau der Auslandsbeziehungen, andererseits eine massive Erhöhung der Finanzhilfe gegenüber dem Ausland. Wir sollten unsere Ausgabenpolitik in der Aussenpolitik koordinieren, dass wir im Sinne der Bürger und Bürgerinnen richtig abwägen. Wie sehen Sie diesen Zusammenhang, Herr Bundesrat? Ich verweise auf das Postulat von Herrn Dietrich und auf die Korrespondenz von Direktor Leu an Sie (30.9.91) und wäre Ihnen für Ihre Stellungnahme sehr dankbar.

M. Revaclier: En ce qui concerne l'état de restructuration de l'Allemagne de l'Est après la réunification, il serait important de connaître exactement la situation: est-ce que la restauration va plus vite, est-ce qu'elle coûte plus cher?

Quant à l'ouverture des marchés, il nous faut une politique coordonnée entre les pays occidentaux: comment est-ce qu'on coordonne cette politique d'ouverture des marchés entre les pays de la CE et les pays de l'AELE?

Frau Bär: Ist es richtig, wenn wir unseren Kredit für alle osteuropäischen Länder öffnen? Wäre es nicht besser, sich auf einige Schwerpunkte zu konzentrieren, um damit Doppelspurigkeit und Effizienzverluste zu verhindern? Die Schweiz müsste ihre Schwerpunkte v.a. in folgenden Bereichen klar setzen: Ökologie, Ausbildung, Soziales und Gesundheit.

Ausbildung: Die Ausbildung ist besonders wichtig, denn sie bildet die Grundlage für diese Länder, sich später selber zu helfen. Wir haben in diesem Bereich auch sehr viel anzubieten.

Soziales und Gesundheit: Die Situation der Frauen in Osteuropa hat sich verschlechtert, namentlich bei der Familienplanung, was Verhütungsmittel und Abtreibung betrifft. Es ist wichtig, dass die Schweiz auch in diesem Bereich Hilfe leistet.

Begleitung unserer Projekte: Wie steht es mit der Kontrolle, nachdem wir Hilfe geleistet haben? Die Anlage von Esztergom z.B. war schon nach kurzer Zeit in einem bedenklichen Zustand. Wie sieht die Begleitung solcher Bauten aus?

Personelle Auswirkungen des Rahmenkredites: Die Botschaften sind bereits jetzt überlastet. Sie werden den Mehraufwand kaum bewältigen können, es fehlt ihnen an Personal. Wir können nicht Geld sprechen, wenn das Personal nicht zur Verfügung steht.

Frau Grendelmeier: Wenn wir die Diskussion überblicken, kommen v.a. zwei Dinge deutlich zum Ausdruck:

1. Geld ist zwar notwendig, hilft aber nicht, Probleme zu lösen. Wir brauchen Leute mit dem nötigen Know-how, um diese Hilfen durchführen zu können.
2. Die Begleitung unserer Projekte fehlt. Wir müssen deshalb unsere Kräfte konzentrieren, sonst haben wir überall *Hilfsruinen*.

(zu Herrn Mühlemann): Die Kultur ist äusserst notwendig und ist nicht etwas, was man sich erst dann leisten kann, wenn alle anderen Probleme gelöst sind. Sie beschränkt sich nicht nur auf den künstlerischen Bereich, sie beinhaltet auch Bildung und Ausbildung und ist deshalb der Grundstein zur Selbsthilfe. Wir können uns hier keine Abstriche erlauben. Die Kultur ist die wichtigste Voraussetzung dafür, das zu erreichen, was wir wollen: die Selbständigkeit dieser Länder.

Präsident (zu Herrn Rychen): Rumänien ist am Rande des letzten Hilfspakets zum Zuge gekommen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang das Projekt, das über das HEKS gelaufen ist: es wurden junge Bauern aus Rumänien eingeladen, um in Graubünden ein Praktikum von 5 Monaten zu absolvieren. Dieses Projekt ist sehr gut angekommen. Diese jungen Leute haben etwas Geld verdient und viel Praktisches mitbekommen, um im eigenen Land zu beginnen, ihre Landwirtschaft aufzubauen. Ich glaube nicht, dass Sie zu solchen Projekten nein sagen würden.

Von Seiten des schweizerischen Gewerbes wird darauf hingewiesen, dass man qualifizierten Handwerkern aus den Oststaaten die Möglichkeit einer Weiterbildung bieten sollte. Diese Weiterbildung würde etwa ein Jahr dauern und wäre in der Arbeit gewerblicher Betriebe integriert, damit man ihnen auch ein Mindesteinkommen garantieren könnte. Solche Bestrebungen sind vorhanden. Wie wird das vom entsprechenden Bundesamt beurteilt? Ist das eine erwünschte Entwicklung, oder gibt es hier Grenzen, die wir nicht überschreiten können?

(zu Herrn Mühlemann und Frau Bär): Es war betrüblich zu sehen, in welchem Zustand sich die Anlage von Esztergom bereits nach einem Betriebsjahr befand. Ob dieser Zustand auf Fabrikations- oder auf Unterhaltsmängel zurückzuführen ist, wissen wir nicht. Man sollte bei solchen Projekten eine Summe für die Ausbildung des einheimischen Personals während ungefähr fünf Jahren miteinbeziehen. So hätten wir die Gewähr, dass das Personal mit der Anlage umgehen kann und sich die Investition gelohnt hat.

Partnerschaftliche Projekte: Es ist viel guter Wille vorhanden von privater Seite und von Organisationen. Aber manchmal kommen sie nicht weiter, weil sie die entsprechenden Ansprechpartner nicht finden. Man sollte die Strukturen verbessern, damit man diese Initiativen auffangen und diesen Organisationen mit Adressen in den betreffenden Ländern behilflich sein kann.

Frau Segmüller: Zur Auswahl der Länder: Ich bin einverstanden, dass wir Jugoslawien und die UdSSR im Moment aussparen, weil sie Spezialfälle bilden. Bei den übrigen Ländern fragen wir uns: Wo besteht die Gewähr, dass nicht alles Geld versickert, und wo besteht sie nicht? Dieser Unterschied lässt sich nicht so klar machen, deshalb sollten wir flexibel reagieren und dort etwas anbieten, wo es gewünscht wird. Dies kommt auch in der

Botschaft zum Ausdruck, wenn es heisst: *Ausgangspunkt sind (...) die von den Zielländern gegenüber uns geäusserten Unterstützungswünsche* (S. 26).

Es geht um zwei verschiedene Konzeptionen von Hilfe:

- Die eine ist die, wie wir sie praktizieren: Ausgehen von den Unterstützungswünschen und versuchen, diese zu erfüllen, wenn wir dazu in der Lage sind.
- Die zweite arbeitet nach dem Patenschaftsprinzip: Jedes Land hat sein Partnerland, für das es zuständig ist.

Wir arbeiten nach dem ersten System, und da müssen wir für die Zukunft offen bleiben. Alles andere wird von diesen Ländern als Diskriminierung empfunden. Nur wenn man nach dem Patenschaftsprinzip arbeitet, kann man Einschränkungen machen. Hat man sich mit diesem Gedanken auseinandergesetzt?

M. Felber, conseiller fédéral: J'aimerais rappeler un élément qui nous paraît important: l'expérience que nous avons, c'est une année et demie dans un monde qui a évolué considérablement. Les problèmes que nous avons découverts dans un certain nombre de secteurs et de pays étaient nécessairement différents de ceux que nous imaginions. Il s'agit de mettre en place un appareil qui permet d'évaluer et de suivre le résultat des projets que nous allons conduire.

Nous avons répondu très rapidement en 1989 par le premier crédit en nous engageant dans tels secteurs et tels pays. Peu de temps après, il y avait un pays de plus. Les vœux des pays étaient très généraux. En même temps, ces pays attendaient les expériences pour savoir ce qu'ils devaient demander. Au point de vue de l'assistance technique, les pays ont deviné les spécialités. Si nous avons pu rappeler que ce qui nous intéressait était la formation - dans tous les domaines - c'est que nous avons reçu les résultats de nos expériences.

Ces 11 pays que nous avons mis dans le message sont les pays qui se sont engagés vers la voie de la démocratisation. Cela ne signifie pas que nous allons engager nos programmes auprès de tous ces pays. Mais ça veut dire que chacun d'entre eux fait valoir une espèce de droit en disant: nous avons décidé de réformer nos structures économiques et nous aimerions être aidés.

Hongrie, Pologne, Tchécoslovaquie: nous devons poursuivre l'aide en Hongrie, en Pologne et en Tchécoslovaquie. L'aide est engagée, nous ne pouvons l'abandonner. Selon l'appréciation générale au secrétariat du G-24, la Hongrie et la Tchécoslovaquie vont s'en sortir; mais la Pologne est dans une mauvaise situation.

Yougoslavie: la Yougoslavie n'était pas invitée au G-24, on l'a écartée. Dans les circonstances actuelles, on ne peut pas parler avec la Yougoslavie d'une aide possible. Même si des aides étaient engagées, elles seraient suspendues. Nous maintenons ce pays dans la liste parce que nous souhaitons que la Yougoslavie change.

URSS: La Suisse est incapable, financièrement et techniquement, d'aider l'URSS. Si ce pays figure dans la liste, c'est pour des aides de bon voisinage. Il n'est pas question pour

nous de nous engager en fonction de l'ensemble de l'URSS. La seule aide possible sur le plan financier ou technique, ce serait la réponse à telle ou telle république.

Estonie, Lettonie, Lituanie: nous allons entrer en matière avec l'Estonie, la Lettonie et la Lituanie. Les Etats baltes, c'est un écroulement total; rien ne fonctionne. Il y aura un appui assez fort de la part des Etats occidentaux en faveur de ces trois républiques. C'est avec la Lettonie que nous aurons le plus de relations.

Bulgarie, Roumanie: rien ne nous oblige à nous engager. Mais selon l'évolution dans ces pays, nous serons peut-être amenés dans une année de dire oui à un engagement. C'est une réserve d'action, on ne comprendrait pas qu'on dise tout simplement non.

Albanie: nous répondrons à l'Albanie dans la mesure où son développement démocratique sera assuré, où les structures économiques seront en voie d'évolution et dès le moment où nous ne serons plus seuls. Ce n'est pas possible d'assumer seul le développement de l'Albanie. Il y a un tel retard que nous serions accusés, plus tard, d'avoir mal travaillé parce qu'ils n'ont pas suffisamment évolué.

Aide de parrainage: la concentration sur un pays n'existe pas. Aucun pays du G-24 ne l'a fait, à une exception près, la Finlande qui s'occupe de l'Estonie. Il n'y a donc pas d'aide de parrainage. Nous sommes choisis par nos expériences, pour certains domaines. Les thèmes centraux sont les suivants: formation des cadres de l'administration, formation des cadres de l'économie, formation des spécialistes de l'économie et de l'industrie, réception et formation sur place et dans le pays d'origine. Et il y a les thèmes que tout le monde peut choisir et qui sont désirés par les pays: problèmes de restructuration politique et de culture. Ces thèmes sont très importants et ne peuvent pas être négligés.

Conséquences financières: nous avons atteint le seuil de la tolérance en ce qui concerne le deuxième crédit en faveur des pays d'Europe centrale et orientale. Le Conseil fédéral ne peut pas, tous les trois ou quatre ans, revenir avec un crédit qui n'a aucune base légale. L'assistance financière est fondée sur l'aide humanitaire. Mais nous nous rendons compte que ça va durer. Par conséquent, nous allons vraisemblablement soumettre au Parlement un projet de loi qui déterminera à quel rythme on peut revenir, de manière à ce que nous sachions que nous nous engageons à plus long terme, dix, quinze ou vingt ans.

RDA: la RDA a été complètement intégrée à la RFA. On l'a découpée en cinq nouveaux Länder, avec une organisation identique à celle de la RFA. C'est entièrement à la charge de la RFA. La Banque centrale estime qu'on avait très mal évalué la situation. La RFA absorbant la RDA a cru qu'elle absorbait un pays près d'elle aux niveaux culturel, économique et social. On a dû découvrir que les différences étaient considérables. Actuellement, les capitaux investis pour la restructuration du pays sont énormes, 150 milliards de DM en 1991. En ce qui concerne les investissements étrangers, la Suisse est le deuxième investisseur. Ces investissements ne viennent pas tous de la Suisse, mais aussi d'entreprises multinationales suisses installées en RFA qui ouvrent des succursales en Allemagne de l'Est.

Ce que souhaitent les pays d'Europe centrale et orientale c'est d'avoir un cadre suffisant et des structures modernisées qui permettent aux investisseurs privés d'entrer chez eux.

Präsident (zu Herrn Staehelin): Während der letzten Session war eine Delegation von albanischen Parlamentariern hier. Ein Wunsch ihrerseits wäre, dass sie sich auch an einem solchen Seminar beteiligen könnten, wie es für die tschechoslowakischen Parlamentarier demnächst stattfinden wird.

Staehelin (zu Herrn Mühlemann): Bisherige Erfahrungen in bezug auf die Projekte in den verschiedenen Ländern:

Polen: Unsere Projekte werden als sehr gut bewertet, sie sind auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Landes zugeschnitten. Der Realisierungsgrad unserer Projekte ist sehr hoch. Die Probleme liegen bei der Unflexibilität der dortigen Bürokratie, der Unerfahrenheit mit neuen Methoden und den ungünstigen Rahmenbedingungen in der Verwaltung; sie sind aber auch wirtschaftlicher Natur. Dies hat bei einigen Projekten zu Verzögerungen geführt.

Ungarn: Wir haben positive Resultate erhalten, und es zeigt sich bereits ein Multiplikatoreffekt unserer Projekte. Es wird eine intensivere personelle Betreuung gewünscht.

Tschechoslowakei: Die Beurteilung von Seiten des Aussenministeriums ist positiv, v.a. was die Projekte im Umwelt- und Ausbildungssektor betrifft. Es wurde uns mitgeteilt, dass im Bereich der politischen Kultur und der Ausbildung allgemein das Reservoir an deutsch- und französischsprachigen Fachleuten bald einmal erschöpft sein wird. Deshalb sollten vermehrt Kurse in der Landessprache durchgeführt werden.

Rumänien: Nach dem jetzigen Verfassungsentwurf scheint festzustehen, dass unsere Kontakte dazu beigetragen haben, den im ersten Entwurf vorherrschenden Zentralismus etwas abzuschwächen. Auch die Idee des Referendums wurde aufgenommen.

Wir werden sämtliche Resultate dieser Projekte evaluieren. Es ist wichtig, dass wir einen Lernprozess durchgehen, der uns ermöglicht, selber dafür zu sorgen, dass die Qualität unserer Projekte immer besser wird.

Kultur: Die Kultur ist ein sehr wichtiger Bereich. Ich erinnere daran, dass der Reformprozess massgeblich von kulturell Tätigen in Gang gesetzt wurde und wird. Da wir mit einer Mentalitätsproblematik konfrontiert sind, ist dieser Aspekt der Zusammenarbeit sehr wichtig. Den Kredit verwenden wir für die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit und der kulturellen Entwicklung in diesen Ländern. Das gilt auch für andere Bereiche wie z.B. Verkehr und Tourismus: Es geht natürlich nicht darum, schweizerische Interessen zu fördern, sondern diesen Ländern zu helfen, ihren eigenen Verkehr und Tourismus zu entwickeln.

(zu Frau Bär und Herrn Mühlemann): Begleitung der Projekte, Beispiel Esztergom: Geht es darum, Fachwissen zu vermitteln, ist es sicher richtig, das auch noch nach der Errichtung einer solchen Anlage zu liefern. Geht es hingegen um einen Beitrag, werden wir in vielen

Fällen davon ausgehen, dass der Partnerstaat auch einen Beitrag leistet, damit eine solche Anlage über Jahre hinaus gut funktionieren kann.

Gesundheitswesen: Die Erfahrungen in diesem Bereich sind nicht so gut. Das liegt aber nicht an den gebrauchten Apparaten aus der Schweiz, sondern an der mangelnden Qualität im Spitaldienst.

Anlaufstellen: Die ganze Osteuropahilfe wird auf einen einzigen Dienst in der Politischen Direktion konzentriert. Initianten sind oft hilfreich, aber wir müssen immer wieder betonen, dass der Ausgangspunkt für unsere Hilfe das ist, was diese Länder von uns wünschen.

(zu Frau Bär und HH. Mühlemann und Bircher): Was die Experten betrifft, haben wir bisher gute Erfahrungen gemacht. Das Problem ist, dass wir nicht genügend Leute in der Verwaltung haben, um eine sorgfältige Auswahl von Projekten vorzunehmen. Koordinatoren haben wir bis jetzt - ausser in Polen - keine, weil die personellen Mittel uns das nicht erlauben. Wir werden versuchen, unsere Botschaften zu verstärken, aber die Möglichkeiten sind recht beschränkt. Spezifische Frauenprojekte sind sehr wichtig, aber nicht so leicht zu bekommen. Wir hoffen, dass uns derartige Projekte noch vorgelegt werden.

Auswahl der Länder: Es ist richtig, dass wir für gewisse Länder mehr tun als für andere. Für Polen engagieren wir uns z.B. im Augenblick stärker als für andere Länder.

(zu Herrn Rychen): Was die Osthilfe in Zahlen betrifft, leistet die Schweiz einen Beitrag von 1,1 Prozent an das Total, Schweden 2,9 Prozent, Österreich 2,6 Prozent und Finnland 0,7 Prozent. Diese Zahlen müssen noch analysiert werden, wir wissen nicht genau, was alles unter den Begriff *Osthilfe* fällt.

Für Jugoslawien und die Sowjetunion tun wir nichts, solange die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen nicht erfüllt sind. Diese Konditionalität hatten wir in der ersten Botschaft, und sie soll auch weiterhin gelten.

(zum Präsidenten): Parlamentarierseminar für Albaner: Wir müssen abwarten, wie das Seminar mit der tschechischen Delegation abläuft, um zu entscheiden, ob wir ein solches Seminar auch mit den albanischen Parlamentariern durchführen wollen.

Arioli (zu HH. Mühlemann und Bircher): Finanzhilfe: Finanzhilfe bedeutet nicht einfach, dass man Geld zur Verfügung stellt zu beliebiger Verwendung, sondern Projektfinanzierung. Wenn uns ein Projekt vorgeschlagen wird, lassen wir es durch Experten prüfen. Zu dieser Prüfung gehört auch die Funktionsfähigkeit des Projektes. Was z.B. die Anlage Esztergom betrifft, muss der Experte uns sagen können, unter welchen Bedingungen diese Anlage läuft und ob die Leute da sind, die sie betreiben können. Ist das nicht der Fall, muss man sehen, ob man diese Voraussetzungen schaffen kann. Sind die Begleitmassnahmen auch nicht möglich, muss man vom Projekt absehen.

Zahlungsbilanzhilfe: Dieses Geld versickert nicht irgendwo, sondern ist an eine internationale Hilfsaktion gebunden. Wir beteiligen uns nur im Rahmen internationaler Hilfsaktionen. Diese Hilfsaktionen sind gegenüber den Ostländern immer an die Bedingung

geknüpft worden, dass der IWF ein Wirtschaftsprogramm mit dem Land ausgehandelt und sich selbst mit einem Beistandskredit engagiert hat. Eine sinnvolle Verwendung des Geldes ist durch die Konditionalität des IWF sichergestellt. Die Evaluation der Zahlungsbilanzhilfe-Aktionen hat ergeben, dass das Ziel in den meisten Fällen erreicht worden ist. Man hat den Ländern genügend Devisenreserven zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Wechselkurse vereinheitlichen und auf ein realistischeres Niveau bringen konnten.

Kreditgarantien: Im ersten Rahmenkredit wurden für Polen 100 Millionen Franken in Form von Kreditgarantien eingesetzt, d.h. Geld, das wieder zurückkommt, falls es in Polen nicht eine neue Finanzkrise gibt. Die westlichen Länder haben beschlossen, dass 50 Prozent der Schulden Polen erlassen werden sollten. Aufgrund dieser Massnahme sind die Aussichten für Polen recht gut, sodass es hier nicht zu Verlusten kommen sollte. Der schweizerische Kreditgeber muss die Kreditgarantie des Bundes nicht in Anspruch nehmen.

Investitionsförderung: Die Investitionsentscheidung muss von der Risikobeurteilung des schweizerischen Investors abhängen. Wir sind bisher nicht so weit gegangen, dass der Bund sich am kommerziellen Risiko einer Investition beteiligt hat; das ist eine Unternehmerfunktion. Wir haben das UNIDO-Büro beauftragt, Informationen zum Thema Investitionsmöglichkeiten zu sammeln, aufzuarbeiten und der schweizerischen Wirtschaft verfügbar zu machen. Wir sind bereit, das Risiko der Vorabklärung mitzutragen, um schweizerischen Klein- und Mittelunternehmen zu helfen, die Schwelle zu überschreiten. Wir übernehmen dabei bis zur Hälfte der Abklärungskosten. Im Falle eines Erfolges ist das zurückzuzahlen, im Falle eines Misserfolges ist das unsere Beteiligung.

Experten: Wenn wir einen Auftrag entgegennehmen, machen wir eine Ausschreibung, damit wir die beste Leistung bekommen. Wir suchen Leute, die die notwendigen Spezialkenntnisse mitbringen und - wenn möglich - auch schon eine gewisse Erfahrung mit dem entsprechenden Land haben.

(zu HH. Bircher und Revaclier): **Europäische Integration und Marktöffnung:** Die Länder Ost- und Mitteleuropas sind nicht reif, um in absehbarer Zeit den Schritt einer Integration zu machen. Deshalb muss man mit der Hilfe diese Frist abkürzen, bis sie soweit sind. Hilfe und Integration gehen Hand in Hand. Die Mittel der Integration sind auf Seiten der EG die Assoziationsabkommen. Erster konkreter Gegenstand dieser Assoziationsabkommen ist die Einführung des Freihandels. Die EG sieht vor, im Rahmen dieser Assoziationsabkommen schrittweise auch andere Gebiete, die Gegenstand des EWR-Vertrages sind, mit diesen Ländern aufzunehmen. Auf der Seite der EFTA hat man Freihandelsverträge gewählt. Die Koordination ist sehr eng, wir sprechen uns stets mit Brüssel über den Verlauf dieser Verhandlungen ab. Der Inhalt der Verträge ist nicht in allen Teilen identisch, da der Ausgangspunkt nicht derselbe ist. Die EFTA-Länder nehmen eine liberalere Haltung ein als die EG; wir haben im Industriebereich in der Schweiz keine Einfuhrbeschränkungen für Textilien und Stahl wie das die EG gehabt hat. In der Landwirtschaft waren EFTA und EG sehr restriktiv. Die EG hat aufgrund einer französischen Intervention im September ein Be-

gehren der Ostländer um eine Liberalisierung der Agrareinfuhren zurückgewiesen. Sie ist dann aber auf diesen Beschluss zurückgekommen und wird in ihren Assoziationsabkommen den Ostländern wesentliche Agrarzugeständnisse machen. Eine Basismenge wird abgabenfrei zur Einfuhr zugelassen werden. Diese Basismenge soll jedes Jahr um mindestens 10 Prozent während fünf Jahren erhöht werden. Die EFTA-Länder verhandeln bilateral. Die Schweiz wird sich anstrengen müssen, wenn sie den Ostländern ein EG-vergleichbares Angebot gewähren will. Bei unserer agrarpolitischen Situation ist es schwierig, einzelnen Ländern derartige Wachstumsquoten zuzuteilen. Wir versuchen, dieses Problem in den nächsten zwei Monaten zu lösen, damit die Freihandelsverträge der EFTA im gleichen Zeitraum wie die Assoziationsabkommen der EG in Kraft treten können.

(zum Präsidenten): Bewilligungen für Ausbildungsaufenthalte in schweizerischen Gewerbebetrieben: Der Bundesrat hat für die Ausländerregelung für das nächste Jahr im Vernehmlassungsverfahren auch eine Regelung in Aussicht gestellt, nach der für Ausbildungsaufenthalte von Erwerbstätigen aus Ostländern voraussichtlich Aufenthalte von bis zu 18 Monaten bewilligt werden. Dabei muss nachgewiesen werden können, dass in erster Linie die Ausbildung Zweck des Aufenthaltes ist.

M. **Canonica**: Le projet en Hongrie n'est pas un projet qui est soutenu par nous. Mais je voudrais en parler parce que c'est un exemple qui nous montre les problèmes dans les projets d'aide et nous invite aussi à tirer des leçons de l'aide au développement. L'histoire de l'aide au développement a montré qu'il ne suffisait pas de former des techniciens, mais qu'il fallait également se préoccuper du management, de la gestion et des conditions-cadres de la société. Première priorité donc: les conditions-cadres, deuxième priorité: la gestion, troisième priorité: les mesures techniques.

Programme d'aide dans l'environnement: Nous avons fait des études de faisabilité dans le domaine des déchets spéciaux. Ensuite, nous avons évalué ces études de faisabilité avec les autorités hongroises. De là, nous avons tiré la conclusion qu'il fallait faire une étude de conception pour l'élimination des déchets toxiques en Hongrie, donc créer les conditions-cadres pour ces projets. Cette étude est faite par des experts suisses qui sont en contact direct avec les experts et autorités hongrois. Nous avons également placé des mesures concrètes, en accord avec les autorités. Il s'agit de deux projets ponctuels: une station d'incinération de déchets toxiques particuliers et la modernisation des technologies pour minimiser la production de déchets toxiques. Ces projets sont urgents, ils sont cohérents avec la conception globale suisse/hongroise. Il est nécessaire de créer un cadre pour les projets. C'est ce que nous avons fait dans le domaine du tourisme et nous allons le faire également dans le domaine de la gestion d'entreprises et dans le domaine des banques.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Detailberatung

Titel und Ingress

angenommen

Art. 1

Antrag Rychen (siehe Anhang).

Rychen: Das Verständnis unserer Kommission ist offenbar, dass wir das Aussenpolitische, nicht das Finanzpolitische zu betrachten haben. Ich finde, wir müssen aber auch die Gesamtverantwortung, d.h. die finanzpolitische Situation miteinbeziehen.

Der Bundesrat hat heute bestätigt, dass die Sowjetunion und Jugoslawien vorläufig praktisch ausgeschlossen sind, deshalb ist es für mich auch begründet, dass man den Betrag kürzt. Ich bin überzeugt, dass wir es verantworten können, von 800 auf 700 Millionen Franken hinunterzugehen.

M. Felber, conseiller fédéral: Dans la situation politique actuelle en Europe, on ne pourrait, malgré tout, pas se satisfaire d'une réponse financière aux problèmes qui sont posés, en disant qu'il faut économiser dans tous les secteurs. Le Conseil fédéral a réduit le crédit à 800 millions de francs: cet exercice de réflexion financière a eu lieu alors qu'on connaissait déjà l'ampleur des charges que cela représenterait pour le budget de la Confédération. 800 millions de francs pour trois ans, c'est l'ensemble des projets. Cela peut bien sûr durer plus longtemps, selon l'évolution de la situation. Les paiements s'échelonnent sur beaucoup d'années supplémentaires. Ces 800 millions de francs ne se traduisent pas par 3x266 millions de francs. Il y a une différence entre l'engagement de ce montant et le paiement qui découle de cet engagement. En admettant que la situation financière nous engage à mesurer les dépenses, nous croyons que diminuer de 100 millions de francs, c'est peut-être mettre en péril des aides éventuelles à la fin de la durée d'engagement du crédit. On ne parle pas d'engagement à l'URSS, mais nul ne dit que nous ne serons pas appelés à engager p.ex. des crédits en faveur de l'Ukraine ou de la Biélorussie. Dans la mesure du possible, nous mettons sous un seul chapeau toutes ces perspectives et nous essayons de faire face avec le crédit dont nous disposons aux événements politiques et économiques qui pourraient survenir en Europe. Voilà pourquoi nous avons fixé ces 800 millions de francs.

Mühlemann (zu Herrn Rychen): Ich habe Mühe mit der Begründung Ihres Antrages. Jugoslawien ist für mich keine Begründung. In Jugoslawien haben wir einzelne Gebiete, die sich vom Machtbereich der Serben losgelöst haben, etwa Slowenien. Es besteht kein Grund, warum wir nicht z.B. Slowenien ganz gezielt unterstützen würden. Man sollte den 800 Millionen Franken zustimmen.

Frau **Bäumlin** (zu Herrn Rychen): Ich bin nicht dafür, dass man den Rahmenkredit kürzt. Im Unterschied zur humanitären Hilfe ist es bei diesem Rahmenkredit nicht möglich, budgetmässige Angaben zu machen. Nur schon deshalb müssen wir beim Vorschlag des Bundesrates bleiben. Gestern konnten wir sehen, dass solche Rahmenkredite Signalfunktion haben. Das ist auch hier der Fall, und deshalb stimme ich den 800 Millionen Franken zu.

Frau **Grendelmeier** (zu Herrn Rychen): Man ist von ursprünglich 2 Milliarden Franken auf 800 Millionen Franken hinuntergegangen. Es ist beschämend, noch weiterkürzen zu wollen. Ich bin der Meinung, dass man bei den 800 Millionen Franken bleiben sollte.

Frau **Segmüller** (zu Herrn Schaller): Sie haben uns gestern erklärt, dass der Rahmenkredit der humanitären Hilfe ein *noli me tangere* war. Sind nun diese 800 Millionen Franken unter dem Spardruck je bestritten worden, oder versteht man sie ebenfalls als ein *noli me tangere*?

Schaller: Was ich gestern zur humanitären Hilfe ausgeführt habe, gilt auch für diesen Rahmenkredit. Das ist der Stand, wie er uns bekannt ist. Bisher wurden diese 800 Millionen Franken nicht in Frage gestellt.

Rychen: Mir geht es darum, dass wir auch als Fachkommission mithelfen, eine Gesamtverantwortung zu tragen. Der Kredit, auf den der Bundesrat gekommen ist, hätte auch 200 Millionen Franken höher oder tiefer sein können; man ist ja flexibel in diesem Rahmenkredit, und es ist auch eine Art Willkür dabei. Deshalb sollte man zumindest die Frage über die Höhe des Kredites noch stellen dürfen. Ich finde, die finanzpolitische Situation sollte von unserer Kommission auch einbezogen werden, und deshalb halte ich meinen Antrag aufrecht.

M. **Petitpierre** (à M. Rychen): Si vous dites que le chiffre de 800 millions de francs est arbitraire, vous méconnaissez la qualité du travail du Conseil fédéral. Ce chiffre n'est pas arbitraire, c'est un résultat qui a été trouvé dans un cadre général. En revanche, je trouve qu'il est arbitraire pour une commission de dire tout à coup qu'on enlève le 10 pour cent. Je fais confiance au Conseil fédéral et je propose de rester à 800 millions de francs.

Abstimmung

für den Antrag Rychen
dagegen

1 Stimme
9 Stimmen
(1 Enthaltung)

Art. 2Art. 3

keine Wortmeldungen, so beschlossen.

Gesamtabstimmung

Zustimmung zum Bundesbeschluss über den
Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten
Zusammenarbeit mit ost- und
mitteleuropäischen Staaten

Einstimmigkeit

Rapporteur in französischer Sprache: Herr Rohrbasser.
So beschlossen.

Auf dem Sessionsprogramm sind diese beiden Vorlagen in die Kategorie 3 - Kommissions-
und Fraktionssprecher - eingereiht.
So beschlossen.

Nationalrat

Kommission für auswärtige Angelegenheiten
Sitzung vom 12. November 1991

91.057 n Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten.
Weiterführung

Bundesbeschluss über den Rahmenkredit zur Weiterführung der
verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

Antrag Rychen

Art. 1

.....ein Rahmenkredit von 700 Millionen Franken...

Conseil national

Commission des affaires étrangères
Séance du 12 novembre 1991

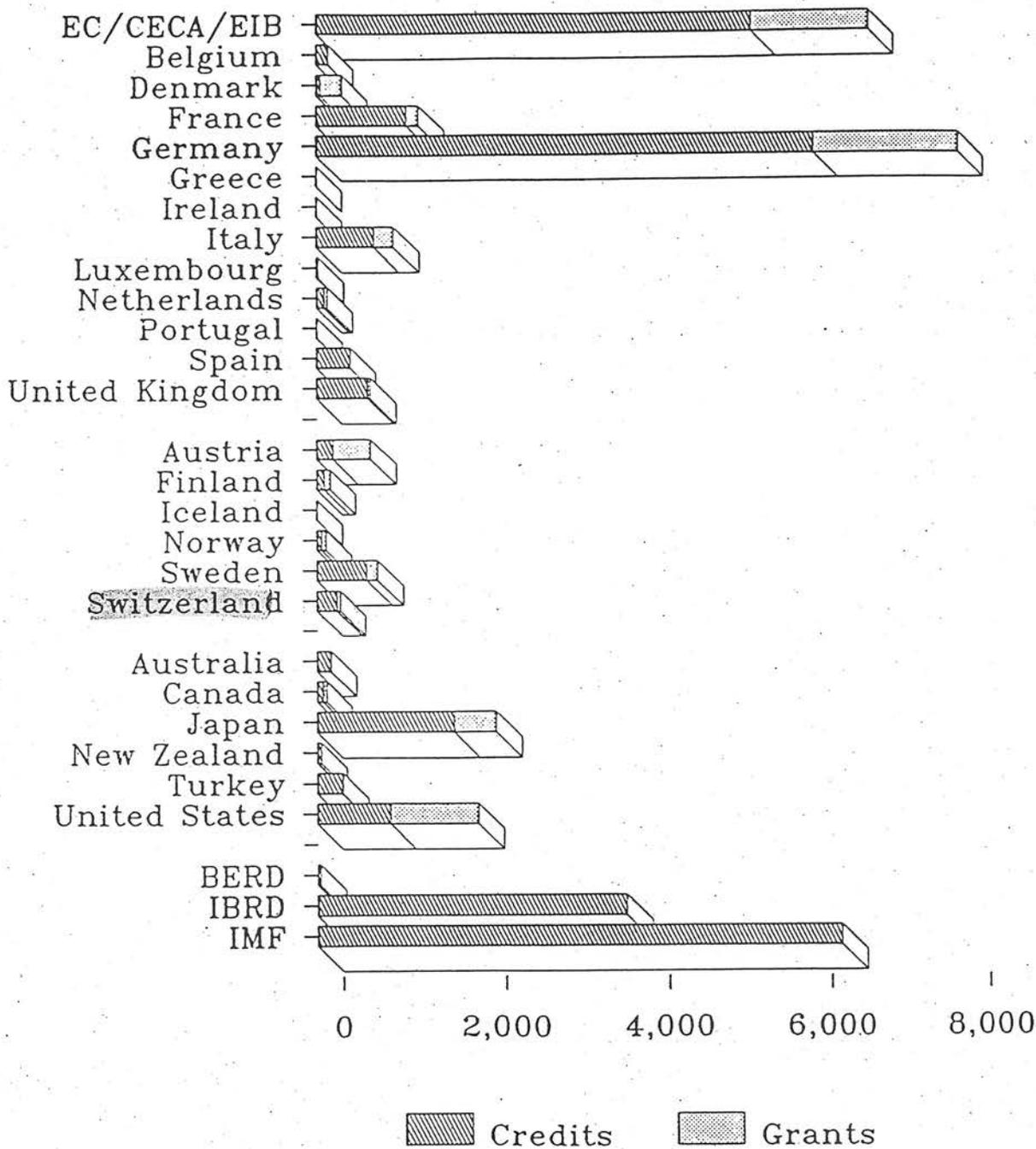
91.057 n Coopération avec les Etats d'Europe centrale et
orientale. Poursuite

Proposition Rychen

Art. 1

..... un crédit-cadre de 700 mio de francs.....

G-24 ASSISTANCE : CENTRAL/EASTERN EUROPE



Values in Millions of ECU

Verteiler

Datum: 22.11.91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
✓	DZ
✓	Komm. NR
✓	Komm. SR
✓	Frakt. R / V
	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

—

Year	Value
1990	100
1991	100
1992	100
1993	100
1994	100
1995	100
1996	100
1997	100
1998	100
1999	100
2000	100
2001	100
2002	100
2003	100
2004	100
2005	100
2006	100
2007	100
2008	100
2009	100
2010	100
2011	100
2012	100
2013	100
2014	100
2015	100
2016	100
2017	100
2018	100
2019	100
2020	100
2021	100
2022	100

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 12. 11. 1991

NATIONALRAT**Kommission für auswärtige Angelegenheiten**

TEILPROTOKOLL 2

der Sitzung vom 12. November 1991,
8.00 - 13.45 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

3. Analyse der EWR-Verhandlungsergebnisse
(Ministerkonferenz vom 21.10.1991 in Luxemburg)

(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR

3. Analyse du résultat des négociations EEE (réunion
ministérielle du 21 octobre 1991 à Luxembourg)

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-verbal
principal)

TEILNEHMER

Präsidium: Herr Bundi

Anwesende Mitglieder: Herr Auer, Frau Bär, Frau
Bäumlin, HH. Bircher Silvio, Blatter (ersetzt Herrn Diet-
rich), Burckhardt, Cevey, Grassi, Frau Grendelmeier,
HH. Mühlemann, Petitpierre, Revaclier, Rohrbasser, Ry-
chen, Frau Segmüller

Entschuldigt: HH. Dietrich, Euler, Frey Walter,
Loretan, Portmann, Wyss Paul, Zbinden Paul, Ziegler

Weitere Teilnehmer:

Bundesrat Felber, Vorsteher EDA

Botschafter Kellenberger, Integrationsbüro EDA/EVD

Herr Schaller, Generalsekretär/EDA

Kommissionssekretariat: Herr Aebi

Protokoll: Frau Strasser

M. Felber, conseiller fédéral: C'est dans la nuit du 21 au 22 octobre 1991 que nous avons accepté, au nom du Conseil fédéral, le résultat des négociations de l'AEEE. La perspective dans laquelle le Conseil fédéral place l'AEEE est celle de l'adhésion. Le Conseil fédéral a discuté durant plusieurs heures de la politique d'intégration qu'il devait définir à l'occasion de la fin de la négociation sur l'EEE. Nous avons emporté dans nos valises à Luxembourg des règles très précises et un mandat parfaitement défini sur ce que nous pouvions accepter, sur ce qui nous conduirait à un refus définitif et sur la définition de la politique future du Conseil fédéral en matière d'intégration européenne. Nous avons constaté que le traité présentait un progrès important pour notre pays comme pour les autres pays de l'AELE. Il touchait une série de domaines qui doivent permettre à notre pays de bénéficier du marché uni européen dès son entrée en vigueur, fixé au 1er janvier 1993. Nous savions parfaitement que ce traité présentait un déséquilibre dans sa partie institutionnelle. Ce type de traité qui entraîne une suprématie du droit européen sur le droit national signifie automatiquement une réduction dans un certain nombre de domaines des droits démocratiques appliqués dans notre pays. Défendre ce traité sans une perspective paraissait au Conseil fédéral relativement difficile, d'où sa volonté de fixer le but: l'adhésion de la Suisse à la CE. Si le traité est ratifié par le Parlement, il sera soumis à l'approbation du peuple suisse par référendum obligatoire. L'adhésion à la CE, par contre, nécessite une demande d'adhésion, un avis de la CE sur cette demande, une ratification du projet d'adhésion par le Parlement et enfin la ratification définitive par le souverain. Nous englobons dans l'EEE une grande partie de l'acquis communautaire. En cas d'adhésion, nous aurons l'avantage de pouvoir participer à toutes les décisions. Cette perspective sera soumise une deuxième fois au peuple. Il est important que le Conseil fédéral puisse garder sa compétence de déterminer le moment où il déposera une demande d'adhésion. Il serait dangereux de voir le peuple suisse ou l'Assemblée fédérale imposer ce moment. Nous répétons qu'il s'agit de deux objets liés, mais qu'il y aura deux votations. Le TEEE est un traité qu'on peut résilier. L'adhésion à la CE est définitive.

La Suisse a atteint l'essentiel de ses objectifs dans les domaines des quatre libertés et des politiques d'accompagnement.

Prescriptions techniques: La Suisse a pu obtenir la sauvegarde de certaines de ces prescriptions techniques, celles qui relèvent de la protection de l'environnement et de la santé. Nous n'acceptons pas n'importe quels produits chez nous s'ils ne correspondent pas à nos normes, et cela jusqu'à ce que la CE atteigne un niveau de protection qui soit comparable au nôtre.

Domaine agricole: Les réductions tarifaires que nous avons accordées concernent 23 produits provenant essentiellement des pays les moins développés de la CE. Cela ne met pas en cause les restrictions quantitatives. La clause évolutive prévoit l'examen régulier des questions liées aux échanges de produits agricoles. L'AEEE ne devrait pas avoir d'effets négatifs sur l'agriculture suisse. Au contraire, notre agriculture y gagnera car ses coûts de production devraient baisser sous l'effet déréglateur de l'EEE.

Services financiers: Dans ce domaine, l'AEEE prévoit la libre prestation transfrontalière de services financiers et le libre établissement de succursales d'instituts financiers. La place financière suisse verra augmenter son attrait pour les banques de pays tiers dans la mesure où une licence suisse leur donnera accès à tout l'EEE.

Transports: Les compagnies suisses d'aviation pourront bénéficier de la libéralisation du marché de la CE: accès aux aéroports, transport des passagers, frets et tarification.

Mouvements de capitaux: La Suisse a obtenu une période transitoire de 5 ans, au cours de laquelle elle pourra maintenir en vigueur les dispositions de la Lex Friedrich concernant les acquisitions de biens immobiliers et les investissements directs dans le commerce professionnel d'immeubles. La Suisse pourra invoquer la clause de sauvegarde en cas de besoin.

Libre circulation de personnes: L'AEEE prévoit la libre circulation et le libre établissement des travailleurs et des indépendants après une période transitoire de 5 ans avec la possibilité de recourir à une clause de sauvegarde si l'immigration devait être massive. Au cours de la période transitoire, la politique actuelle des étrangers sera progressivement adaptée aux règles de l'EEE pour les ressortissants de l'EEE. Sur le plan économique, cette libéralisation devrait avoir un impact favorable sur tous les secteurs économiques dont l'expansion est aujourd'hui limitée par l'impossibilité d'avoir accès à de la main d'oeuvre qualifiée.

Politiques d'accompagnement: La Suisse et ses partenaires de l'AELE participeront pleinement dès le 1er janvier 1993 au troisième programme cadre de recherche communautaire 1990-1994 qui couvre 13 domaines importants de recherche appliquée et de développement. A participation financière équivalente, la Suisse a obtenu de pouvoir participer sur un pied d'égalité avec les Etats membres aux comités chargés de gérer les programmes.

Développement du droit EEE:

- experts des pays AELE associés par la Commission quand celle-ci élabore des projets législatifs communautaires pertinents pour l'EEE
- procédure d'information et de consultation avant que le Conseil CE adopte une législation CE pertinente pour l'EEE
- droit d'évocation individuel
- possibilité des pays de l'AELE de refuser individuellement l'extension de la décision CE à l'EEE, mais avec des conséquences collectives
- processus de négociation élaboré en cas de difficultés de se mettre d'accord au niveau EEE, pouvant ouvrir la voie à une solution pragmatique
- décisions qui tombent dans la compétence du Parlement, voire du peuple, doivent être approuvées par celui-ci avant d'entrer en vigueur (pas de transfert de compétences législatives aux organes EEE)

Comitologie:

- association des experts des pays de l'AELE par la Commission quand celle-ci prépare des projets de décisions pour les comités qui agissent dans le domaine des compétences déléguées par le Conseil à la Commission
- et participation directe aux comités qui gèrent les programmes auxquels nous contribuons financièrement comme les Etats membres

Cour:

- Cour EEE indépendante avec 5 juges CE et 3 juges AELE compétente principalement pour les litiges entre parties contractantes et l'interprétation des dispositions du TEEE si celles-ci ne sont pas identiques au droit communautaire (ce qui est le cas pour tout le droit matériel). La relation 5 à 3 correspond à peu près à celle de 12 à 7 (Etats membres).

Calendrier: 18 novembre 1991: Parafe. Mi-décembre 1991: Signature. Mi-janvier 1991: Nous devons adopter le message d'approbation et de ratification, au niveau du Conseil fédéral. Nous adopterons en même temps le rapport concernant la politique de l'adhésion. C'est à partir de là que vous recevrez le traité et le message qui le soutient. Fin janvier 1992: le Conseil fédéral adoptera le message concernant le premier paquet législatif. Fin février 1992: le Conseil fédéral adoptera le deuxième paquet législatif. Fin mars 1992: le Conseil fédéral adoptera le troisième paquet législatif. 6 décembre 1992: votation populaire.

M. Petitpierre: Quel est le rôle des membres de l'AELE, si un des pays de l'AELE dit non, qu'est-ce qui se passe?

M. Felber, conseiller fédéral: A l'heure actuelle, ce traité a été accepté par l'AELE et la CE. Si un pays ne veut pas le ratifier, il reste valable pour les autres.

Kellenberger: Si un pays ne ratifie pas, il y a une conférence diplomatique où on délibère sur les effets de la non-ratification par une partie contractante.

Frau Segmüller: Hat das EG-Parlament eine besondere Rolle bei diesem *Zustimmungszwang* aller Vertragsparteien?

Mühlemann: Wenn der Bundesrat jetzt hinter diesem Konzept steht, dann muss es unser Ziel sein, diese Idee aufrechtzuerhalten. Wir müssen den EWR-Vertrag wieder schmackhaft machen, bisher haben wir nur die Nachteile gesehen. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um diese Kampagne zu steuern?

Präsident: Wir sollten von Seiten unserer Kommission auch eine Aussage für das Presse-kommuniqué machen. Mit dem Beitritt zum EWR überwiegen die Vorteile, und das sollte

auch einmal zum Ausdruck kommen. Wie steht es mit den nicht-wirtschaftlichen Vorteilen eines EWR-Beitrittes? Ich hätte gerne einmal eine Zusammenstellung dieser Elemente, damit man in der gesamten Kampagne operieren kann.

M. Felber, conseiller fédéral (à Mme Segmüller): Les 19 Etats contractants doivent se prononcer sur le traité. Si le Parlement européen veut ratifier, il doit obtenir les deux tiers. S'il n'obtient pas cette majorité, la Commission ou la CE ne pourront pas ratifier définitivement.

(au président): Notre préoccupation principale est de savoir comment il faut faire passer ce traité. Notre section d'information du Bureau de l'Intégration va tenter de résumer les points qu'il faut illustrer. Nous allons confier ce travail à des spécialistes de la communication.

(à M. Mühleemann): Le traité comporte une série de domaines importants avec des avantages évidents. Avant de prendre la décision, le Conseil fédéral a commandé des études économétriques. On nous demande combien ça va coûter. On peut dire 300 millions, 500 millions de francs. Mais les études économétriques nous annoncent une progression de 6 à 10 pour cent de l'économie suisse. Nous devons aussi renseigner les cantons à ce sujet.

M. Cevey: Tout le débat sur l'EEE devant notre peuple s'engage dans des conditions difficiles. C'est la confusion qui règne. Il faut voir comment nous pouvons renseigner notre peuple pour qu'on puisse corriger toutes les mauvaises impressions, de telle sorte qu'on voie aussi les avantages qu'implique le TEEE. C'est aussi au Parlement de donner des renseignements pour dissiper la confusion dans le peuple. Quant aux membres de notre commission, il faut que chacun fasse son travail d'information dans son groupe.

Bircher, Silvio: Mich würde eine weniger formalisierte Darstellung des EWR-Vertrages interessieren. Wir müssten den EWR-Vertrag in einer eigenen Sprache formuliert erhalten, nicht nur für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sondern auch für die Öffentlichkeit. Wir sollten auf konkrete Fragen konkret antworten können.

Frau Grendelmeier (zu Herrn Kellenberger): Wäre es denkbar, mit der Grundinformation für die Bevölkerung heute schon anzufangen? Welche Spezialisten hat man im Auge, hat man schon Kontakt aufgenommen mit ihnen? Welches ist die Rolle des Integrationsbüros? Wie verhält es sich mit der Zusammenarbeit mit den Medien, gibt es da ein Konzept?

(zum Präsidenten): Wie stellt man sich die Arbeit in der neuen Kommission vor? Wie soll man die Arbeit bewältigen, wenn die Kommission auf 21 Mitglieder reduziert wird und es keine Subkommission EWR gibt?

M. Petitpierre: Dans toute cette campagne, il faudra distinguer l'adhésion du TEEE. Il y a là une contradiction dans l'argumentation. C'est pourquoi il faut dire aux gens que le TEEE

se tient quand même, quoi qu'il arrive; et si l'adhésion échouait, on pourrait le conserver ou le résilier.

Rychen: Auch unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern herrscht ein grosses Informationsdefizit. Unter diesen Umständen kann man gar nichts erreichen, die Verunsicherung wird nur noch grösser. Deshalb wäre eine eingehende Information in Form eines Seminars absolut notwendig.

Frau Bär: Wir werden noch viel Aufklärungs- und Informationsarbeit leisten müssen, um die Fragen im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag beantworten zu können. Die Reduzierung auf 21 Kommissionsmitglieder finde ich sehr problematisch. Ich möchte einen Antrag stellen, dass unsere Kommission mindestens 25, wenn nicht sogar 29 Mitglieder zählt, sonst können wir unsere Arbeit nicht aufnehmen.

Frau Segmüller: Ich unterstütze den Antrag von Frau Bär. In unserer Kommission gibt es zusätzliche Mandate, und deshalb sollte man auf 29 Mitglieder gehen.

Präsident (zu Frau Grendelmeier): Im nächsten Jahr will man die Kommissionssitzungen in Blöcken von zwei Tagen ansetzen. Herr Lanz hat mir erklärt, dass das bestehende Büro die Anliegen der Parlamentsreform aufarbeiten wird; diese Vorschläge werden dann den einzelnen Fraktionen unterbreitet, die dazu Stellung nehmen. Ich werde beim Büro auf unseren Wunsch hinweisen, dass unsere Kommission auf 29 Mitglieder erhöht werde.

M. Cevey: L'essentiel de la réforme dans le secteur de la politique étrangère portait sur une concentration de toutes les énergies dans une seule grande commission, ce qui ne devait pas nous bloquer en ce qui concerne l'aspect européen de nos travaux. C'est pourquoi nous avons admis la constitution d'une sous-commission européenne. Je crois qu'il vaut la peine d'inciter le bureau à constituer une commission de 29 membres.

Frau Grendelmeier: In der Parlamentsreform wurden 25 Mitglieder verlangt, dazu eine EWR-Subkommission. Deshalb werden wir nicht annehmen, dass man die Anzahl der Mitglieder auf 21 beschränkt, denn das verstösst gegen unsere Beschlüsse.

Frau Bäumlín: Wir müssen klar sagen, dass eine solche Beschränkung auf 21 Mitglieder bedeuten würde, dass wir unseren Auftrag nicht mehr erfüllen könnten.

Präsident: Die Kommission ist der Ansicht, dass den Anliegen der Parlamentsreform Rechnung getragen und die Anzahl der Mitglieder unserer Kommission auf 29 erhöht werden muss. Dies machen wir mit einem Brief an das Büro.

So beschlossen.

M. Felber, conseiller fédéral: Spécialistes de la communication: Nous allons livrer la matière à des spécialistes de la communication pour qu'ils nous disent comment on doit la présenter. C'est à nous de choisir ce qui doit être débattu.

Information: La plus grave faute de notre part c'est d'avoir trop informé sur des détails. Vous avez reçu des quantités de papiers, la presse a entendu des quantités d'exposés. On a oublié une part des documents qui étaient des réponses aux questions précises. Nous devons reprendre tout cela. On va certainement trouver d'autres présentations pour que vous ayez un catalogue de fiches permettant de répondre aux questions précises. Je souhaite que ce débat sur l'Europe soit un débat ouvert et non pas une guerre entre ceux qui sont pour et ceux qui sont contre. Il faudra avoir l'ensemble des arguments, de manière à ce que chacun puisse se prononcer librement.

Kellenberger: Der Bundesrat hat bereits letzten November über die Auswirkungen der Übernahme des EG-Rechts in verschiedenen Bereichen informiert. Sie werden in der Botschaft diesbezüglich viel Vertrautes finden.

Unser Konzept der letzten Monate: Einerseits haben wir versucht, allgemeine Information bereitzustellen, z.B. mit der Broschüre *Die Schweiz auf dem Weg nach Europa*. Sie kennen sicher auch diese Mappe, die darüber Auskunft gibt, welche Informationen man wo bekommen kann. Ausserdem gibt es einen Videofilm, der der allgemeinen Information dient über *Die Stellung der Schweiz in Europa*. Andererseits haben wir versucht, ganz konkret für einzelne Sachbereiche zu zeigen, was der Vertrag enthält. Das sind die sog. fact sheets. Dort findet man auch Antworten auf Detailfragen. Das Bedürfnis auf konkrete Antworten ist sehr gross, deshalb machen wir diese fact sheets.

Die detaillierte Darstellung - Artikel für Artikel - der Gegenüberstellung EG-Recht/Schweizer Recht kommt dann in der Botschaft.

Externe Partner: Unsere Idee ist, eine öffentliche Ausschreibung zu machen. Es gibt bereits viele Interessierte und Kandidaten.

Medien: Die Zusammenarbeit zwischen der Informationssektion des IB und den Medien ist ausserordentlich eng.

Informationskonzept: Wir haben den Auftrag, dem Bundesrat ein Informationskonzept vorzulegen, in dem alle Details zum Vorgehen enthalten sind.

M. Felber, conseiller fédéral (à M. Petitpierre): Nous devons, dans tout ce processus, nous occuper que du TEEE. Le problème de l'adhésion est un autre problème. Nous allons séparer les deux choses.

Mühlemann: Communiqué: Ich nehme an, dass unsere Kommission die Meinung des Bundesrates unterstützt. Man müsste deshalb sagen:

- 1) Wir begrüßen den festen Führungswillen des Bundesrates, in der Europafrage klare Flagge zu zeigen
- 2) Wir begrüßen diesen Willen deshalb, weil er uns eines der grössten Risiken erspart, nämlich in Europa isoliert zu sein
- 3) Wir nehmen davon Kenntnis, dass Anfang nächsten Jahres die entsprechenden Vorlagen unterbreitet werden
- 4) Wir nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, dass ein umfassendes Informationskonzept in Vorbereitung ist.

Wir sollten möglichst ermutigend hinter dem Bundesrat stehen, sofern die Mehrheit der Kommission dafür ist.

Rychen: Ich kann einem solchen Communiqué nicht zustimmen. Ich möchte diesen EWR-Vertrag zuerst noch studieren.

Frau **Bäumlin:** Das Traktandum heisst *Analyse der EWR-Verhandlungsergebnisse (Ministerkonferenz vom 21.10.91 in Luxemburg)*. Was wir hier tun, würde ich nicht als *Analyse* bezeichnen. Was soll im Communiqué stehen? Wir können höchstens sagen, dass wir von unserem Minister über die Ereignisse in Luxemburg orientiert worden sind und dass wir angefangen haben zu diskutieren. Aber zu einer *Analyse* ist es nicht gekommen.

Präsident: Ich glaube, man darf das Wort *Analyse* nicht überbewerten. Es war schon zeitlich nicht möglich, eine umfassende *Analyse* zu machen. Wir sollten, ganz im Sinne von Herrn Rychen, Anfang nächsten Jahres ein Seminar abhalten, um die ganze Materie vertieft angehen zu können.

Kann die Mehrheit der Kommission den vier Punkten von Herrn Mühlemann zustimmen?

Bircher, Silvio: Man müsste sagen: Wir begrüßen, dass der Bundesrat die Karten endlich auf den Tisch gelegt hat. Das ist ein positives Element für Befürworter und Gegner. Wir können aber keine Aussage machen zum Vertrag. Deshalb müssten wir da vorsichtiger formulieren und sagen, dass wir uns zum ersten Mal mit dem Thema befasst haben.

M. **Petitpierre:** Je n'aimerais pas que cette phrase selon laquelle *le Conseil fédéral a enfin mis les cartes sur la table* figure dans le communiqué. Cela ne correspond pas à la réalité, et c'est un ton négatif, comme si le Conseil fédéral avait caché les cartes et que maintenant il les montrait.

Mühlemann (zu Frau Bäumlin und Herrn Rychen): Was vergeben wir uns, wenn wir sagen, dass wir den Bundesrat in seinem festen Führungswillen unterstützen? Ich bin dagegen, dass wir so zahm sind. Dann verzichten wir lieber auf das Kommuniké.

Rychen: Ich bin gegen das Kommuniké. Aber wenn die Mehrheit das will, dann soll sie es tun. Ich bitte aber darum, dass das Wort *mehrheitlich* darin vorkommt.

Frau Segmüller: Wir sollten sagen, dass wir zwei Botschaften verabschiedet haben und dass wir uns orientieren liessen über die Ergebnisse der Ministerkonferenz bezüglich des Abschlusses des EWR. Mehr braucht es zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Frau Bär: Ich kann mich dem Vorschlag von Frau Segmüller anschliessen. Wenn Sie ein Kommuniké im Sinne von Herrn Mühlemann machen, werde ich dagegen sein. Herr Bundesrat Felber hat gesagt, dass wir jetzt Information und nicht Krieg brauchen. Aber wenn wir von *festem Führungswillen* und *Flagge zeigen* sprechen, dann ist das eine Kriegssprache! Ich finde es auch nicht seriös, wenn man der Bevölkerung Angst macht und von Isolation redet. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Präsident: Ich schlage folgende Formulierung vor:

- 1) Wir begrüessen, dass der Bundesrat einen klaren Entscheid in der Europafrage getroffen hat
- 2) Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die ersten Botschaften zum EWR ab Januar erscheinen werden
- 3) Wir haben mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass demnächst ein neues umfassendes Informationskonzept erscheinen wird.

So beschlossen.

Mühlemann: Zur Aufwertung der Kommission sollte noch erwähnt werden, dass ein Mitglied unserer Kommission in Bulgarien war und man mit Befriedigung Kenntnis von der Arbeit genommen hat.

So beschlossen.

Bircher, Silvio: Die heutige Sitzung ist nicht so verlaufen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Ich hätte mir gewünscht, dass wir uns etwas analytischer mit diesem Vertrag befassen.

Präsident: Wenn man von Aufwertung unserer Kommission spricht, muss man auch die Mängel sehen, die bei uns selbst liegen. Wie oft schon hatten wir noch Dinge zu diskutieren, am Schluss einer Sitzung, wenn niemand mehr da war! Wenn diese Mängel nicht behoben werden, nützt alles Reden von einer Reform nichts.

M. Petitpierre (au président): La réforme a justement pour but d'empêcher cela. Les gens n'auront pas d'excuses pour partir puisqu'ils auront dû réserver les deux jours.

Verteiler

Datum: 26.11.91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
✓	DZ
✓	Komm. NR
	Komm. SR
✓	Frakt. R / V
	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 12. 11. 1991

NATIONALRAT**Kommission für auswärtige Angelegenheiten**

TEILPROTOKOLL 3

der Sitzung vom 12. November 1991,
8.00 - 13.45 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG

4. Aktualitäten, nämlich Jugoslawien, Nahost-Friedenskonferenz (Madrid, 30.10.1991) und internationale Kontakte des EDA-Vorstehers
5. Verschiedenes

(Übrige Traktanden siehe Hauptprotokoll)

ORDRE DU JOUR

4. Actualités, notamment la Yougoslavie, la Conférence de Paix au Proche-Orient (Madrid, le 30 octobre 1991) et contacts internationaux du Chef du DFAE
5. Divers

(Autres objets à l'ordre du jour voir procès-verbal principal)

TEILNEHMER

Präsidium: Herr Bundi

Anwesende Mitglieder: Herr Auer, Frau Bär, Frau Bäumlín, HH. Bircher Silvio, Blatter (ersetzt Herrn Dietrich), Burckhardt, Cevey, Grassi, Frau Grendelmeier, HH. Mühlemann, Petitpierre, Revaclier, Rohrbasser, Rychen, Frau Segmüller

Entschuldigt: HH. Dietrich, Euler, Frey Walter, Loretan, Portmann, Wyss Paul, Zbinden Paul, Ziegler

Weitere Teilnehmer:

Bundesrat Felber, Vorsteher EDA

Botschafter Ducrey, EDA

Herr Schaller, Generalsekretär/EDA

Kommissionssekretariat: Herr Aebi

Protokoll: Frau Strasser

4. Aktualitäten, nämlich Jugoslawien, Nahost-Friedenskonferenz (Madrid, 30.10.91) und internationale Kontakte des EDA-Vorstehers

Wegen der mangelnden Präsenz in der Kommission wird dieses Traktandum nicht behandelt. Die vom Departement für diese Sitzung vorbereiteten Unterlagen finden Sie im Anhang.

5. Verschiedenes

Präsident: Abrüstungs- und Friedenspolitik: Dieses Thema war einmal traktandiert, und wir hatten damals einen ausgezeichneten Referenten von der neuen Abteilung für Abrüstungsfragen bei uns. Dieses Thema ist nicht genügend diskutiert worden und sollte demnächst noch nachgeholt werden.

Parlamentarische Europa-Initiativen, die an die Kommission zurückgewiesen wurden: Die Kommission wird sich fragen müssen, in welcher Art und Weise sie diese behandeln will, v.a. im Zusammenhang mit EWR und EG.

Schluss der Sitzung: 13.45 Uhr

THEME : YUGOSLAVIECommission des Affaires étrangères

La guerre civile en Yougoslavie

La situation en Yougoslavie se caractérise d'une part, par une intensification des efforts internationaux, pour obtenir un cessez-le-feu et un arrangement sur une future organisation stable sur le territoire yougoslave et d'autre part, par l'absence évidente de bonne volonté du côté serbe. Les chefs militaires semblent en faire en plus à leur tête.

Cette intensification des efforts internationaux se manifeste notamment dans la Conférence de paix à La Haye de la Communauté européenne sous la direction de Lord Carrington. Dans ce contexte, il convient également de mentionner les offres de bons offices proposés par différents pays, parmi lesquels on peut citer l'URSS qui a réussi à réunir autour d'une même table les deux protagonistes de la guerre civile yougoslave, à savoir les présidents Tudjman et Milosevic. Je me permets de vous rappeler également que la Suisse a, à plusieurs reprises, offert ses services à toutes les parties impliquées dans le conflit.

Le Conseil de l'Europe s'est également joint à ces efforts. Il a décidé de suspendre sa coopération avec les autorités yougoslaves. Pourtant, il reste toujours à la disposition des parties qui sont à la recherche d'une solution pacifique, notamment dans les domaines juridique et constitutionnel dans le cadre du problème des minorités.

Il me semble important de relever que l'Europe entière s'est engagée à agir pour trouver une solution pacifique en Yougoslavie.

Pourtant, tous ceux qui misaient encore sur une solution négociée virent leur espoir déçu le 5 novembre, date limite imposée par la Communauté européenne aux Serbes pour qu'ils donnent leur accord de principe aux plans de paix de la CE. Une nouvelle fois, les Serbes ont démontré qu'ils n'étaient pas disposés à respecter la pratique occidentale qui consiste en la recherche de solutions pacifiques.

Cela a conduit la Communauté européenne à se prononcer pour l'application de sanctions économiques envers la Serbie, notamment en imposant un embargo pétrolier.

D'ici peu, la Suisse aura à décider, en tant que membre de la communauté occidentale, si elle veut s'associer aux sanctions appliquées par la CE. Il s'agira notamment, dans ce conflit qui se déroule sur notre continent européen, d'évaluer la compatibilité de notre neutralité avec une participation à des sanctions. Le Conseil fédéral va peser soigneusement tous les éléments, en tenant compte de la disponibilité que nous devrions conserver envers toutes les parties impliquées dans le conflit.

THEME : Conférence de Madrid

Commission des Affaires étrangères

Il aura fallu aux Etats-Unis et au Secrétaire d'Etat Baker huit mois d'efforts diplomatiques intenses pour arracher à Israël, aux pays arabes et aux Palestiniens leur participation à la Conférence de paix qui s'est ouverte à Madrid le 30 octobre dernier.

Cet exercice multilatéral et solennel appelle quelques observations. Je vous les communique sur la base de l'analyse de mon Département et du rapport confidentiel que m'a donné de vive voix l'Ambassadeur Brunner qui représentait comme vous savez le Secrétaire général de l'ONU à Madrid.

- D'abord, le simple fait que l'exercice ait eu lieu sans incident majeur, qu'il se soit déroulé jusqu'à son terme, est en soi déjà un succès important.
- Les Etats-Unis ont joué dans l'opération un rôle décisif: après avoir administré la preuve de leur puissance militaire l'hiver dernier contre l'Irak, ils se devaient au fond de fournir celle de leur engagement en faveur de la paix.
- L'URSS a co-présidé formellement la conférence mais la démonstration a été faite qu'elle a largement perdu son influence sur la scène internationale. M. Gorbatchev a laissé l'impression d'être à Madrid comme faire-valoir et non comme acteur réel ou représentant d'une grande puissance.
- Dans sa structure, la conférence répond largement aux exigences posées par Jerusalem, à savoir le choix de négociations bilatérales, directes et sans

interventions extérieures. Mais, il y a un paradoxe qui mérite d'être souligné: Israël subit des pressions considérables de la Maison Blanche qui a ignoré cette fois-ci les traditionnelles influences exercées par le lobby juif américain; parallèlement, la Syrie poursuit une ligne très dure alors que son allié de toujours, l'URSS, n'est pourtant plus en mesure de la soutenir. Il faut aussi relever - et ceci explique sans doute cela - que le Président Assad a besoin d'un ennemi à ses frontières pour justifier, sur le front intérieur, le maintien de sa dictature.

Le suivi de Madrid

Les problèmes à résoudre entre Israël et ses voisins arabes sont essentiellement territoriaux et on peut les diviser en quatre catégories:

- Le moins difficile est celui du Sud Liban où Israël n'a aucune prétention territoriale, mais où elle est présente pour des raisons de sécurité.
- Ensuite il y a le Golan, qu'Israël occupe depuis 1967 mais qu'elle n'a annexé que partiellement en 1981. Les colonies qu'elle y a installé constituent un problème difficile.
- La Cisjordanie, que Jerusalem appelle Judée et Samarie, représente un obstacle plus difficile à surmonter car religieusement Israël la considère comme un territoire libéré, même si elle n'est qu'administrée techniquement par l'Etat hébreu.
- Jerusalem-Est est le problème le plus insurmontable. Il s'agit là d'un territoire annexé et la "capitale éternelle d'Israël" est en principe non négociable. Jerusalem n'a jamais cessé de le répéter.

Les dirigeants israéliens semblent prêts à rendre quelques territoires mais il reste à définir lesquels. A ce sujet la résolution 242 des Nations Unies est comme on sait ambiguë: en français elle demande le retrait israélien des territoires alors que la version anglaise parle de territoires. Or le Sinaï (qui est vide il est vrai) et qui a été restitué à l'Egypte à la suite de Camp David représente en superficie 92% des territoires occupés à l'époque de la guerre des 6 jours, ce que beaucoup d'Israéliens estiment suffisant. Jerusalem ne veut pas entendre parler de la création d'un Etat palestinien. Tout au plus envisage-t-

elle un statut d'autonomie administrative. Pour les Palestiniens, qui misent aujourd'hui sur le soutien des Etats-Unis, ce statut ne peut être que provisoire (cinq ans au maximum) et des pourparlers sur un statut définitif d'indépendance devrait s'engager d'ici deux ans.

Appréciation:

Il ne nous est pas possible à ce stade de prévoir la direction et l'évolution de cet exercice de Madrid, dans ses phases bilatérales parallèles comme dans sa prochaine phase multilatérale.

Ce qui est sûr, c'est que les Etats-Unis vont continuer d'exercer une forte pression sur les acteurs et notamment sur Israël. Il est important de relever dans ce contexte qu'Israël était pratiquement depuis sa création un allié indispensable de Washington au Moyen-Orient pour faire contrepoids aux clients de l'URSS: l'Irak et la Syrie. Or l'URSS a abandonné sa clientèle aujourd'hui, ce qui permet à Washington d'exercer plus librement son influence sur l'Etat hébreu.

En attendant, les délégations arabes demandent à ce que cesse immédiatement l'implantation de nouvelles colonies juives dans les territoires occupés si l'on veut éviter de faire échec au processus en cours.

La marge de manoeuvre des Palestiniens restera de toute façon étroite car ils sont forcés d'obtenir un résultat. Derrière les faux-semblants, on sait que c'est l'OLP qui négocie et si elle échoue, les extrémistes palestiniens (Hamas) qui s'opposent à toute négociation, verront leur position renforcée.

La Suisse:

Lorsque Madrid a été annoncé comme lieu de conférence, certains en Suisse ont pu le regretter, mais à ce sujet il faut relever deux points:

- D'abord, nous ne pouvons pas prétendre avoir le monopole des bons offices. L'important c'est de faire savoir que nous sommes toujours disponibles, en cas de besoin.
- Enfin, la conférence de Madrid a été d'une ampleur telle que si elle avait eu lieu chez nous elle nous aurait confronté à des problèmes logistiques considérables.

Verteiler

Datum: 26. 11. 91	
<input checked="" type="checkbox"/>	Sauvant
<input checked="" type="checkbox"/>	Robert
<input checked="" type="checkbox"/>	Huber
<input type="checkbox"/>	DZ
<input checked="" type="checkbox"/>	Komm. NR
<input type="checkbox"/>	Komm. SR
<input checked="" type="checkbox"/>	Frakt. R / V
<input type="checkbox"/>	Sekr.
<input checked="" type="checkbox"/>	Ch. / mz.
<input checked="" type="checkbox"/>	Amtl. Bulletin
<input type="checkbox"/>	Finanzkomm.

1 2

The image shows a large, rectangular area that is extremely faded and illegible. It appears to be a table or a document with multiple rows and columns, but the text is too light to read. There are some faint vertical lines that might indicate columns, but no specific data or text can be discerned.